



Brasilicum

Bundesweiter Zusammenschluss der Brasilienolidarität

Aktuelle Nachrichten aus Brasilien

Eine Initiative des "Runder Tisch Brasilien".

herausgegeben von: Kooperation Brasilien e.V.

Okt./Nov. 2011 Nr. 211/212

Brasilien – das (ewige) Land der Zukunft?



Haben Sie diese Ausgabe des Brasilicums als pdf-Version erhalten, ohne bei KoBra abonniert zu haben? Dann bestellen Sie es doch bitte bei uns. Ihr Abo hilft uns, diese wichtige Arbeit auch in Zukunft fortzusetzen.

Rio+20 – Nachhaltigkeit und Entwicklung

Die Innenseiten dieser Broschüre sind auf Recyclingpapier gedruckt.

Der Runde Tisch Brasilien ist ein Zusammenschluss der Brasilienolidarität (siehe Impressum)

Weitere Informationen auf unserer Website www.kooperation-brasilien.org

IMPRESSUM

Herausgeberin: Kooperation Brasilien – KoBra e.V., Freiburg im Breisgau, V.i.S.d.P.: Kirsten Bredenbeck

Redaktion: Phyllis Bußler, Jürgen Stahn, Kirsten Bredenbeck.

Übersetzungen: Annika Weiß, Andrea Beeken, Elisabeth Bolda, Elisabeth Subasic, Gilberto Calcagnotto, Katharina Saager, Kirsten Bredenbeck, Phillip Andrae, Jürgem Stahn.

Layout: Fabiana Cenzi

Erscheinungsweise: jährlich 10 Ausgaben, davon 2 Doppelnummern. Auflage: 300 Exemplare

Jahresabo: 16 Euro für Mailbezug, 20 Euro für Bezug per Post

Bezug: KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg i.Br.,

T 0761-600 69-26, F -28, info@kooperation-brasilien.org, www.kooperation-brasilien.org

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der AutorInnen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.



Brasilien – das (ewige) Land der Zukunft?

Rio+20 – Nachhaltigkeit und Entwicklung

Der Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 hat die Agenda 21 und die Nachhaltigkeit berühmt gemacht. Zwanzig Jahre später, im Juni 2012, findet erneut eine UN-Folgekonferenz in der brasilianischen Metropole statt. Es soll Bilanz gezogen werden. Die seit 1992 international vereinbarten Ziele für Nachhaltige Entwicklung sollen evaluiert werden. Wichtiges Thema auf der Konferenz wird das Konzept einer „Grünen Wirtschaft“ (Green Economy) sein. Außerdem steht eine Reform der UN-Institutionen an.

Die weltweite Ernährungskrise, das kommende Ende des Ölzeitalters und Klimaveränderungen zeigen immer deutlicher, dass wesentliche Ziele nachhaltiger Entwicklung bislang nicht erreicht wurden. In einem Komitee zu Rio+20 haben sich viele brasilianische soziale Bewegungen zusammen geschlossen. Sie kritisieren, dass die Konferenz auf den ökologischen Aspekt der Nachhaltigkeit eingeengt ist. Auch Gesichtspunkte wie Ernährungssicherung und soziale Entwicklung sowie die Wahrung der Menschenrechte müßten bei der Entwicklung einer ökologischeren Welt berücksichtigt werden.

Diese Ausgabe des Brasilicums setzt sich mit dem gängigen Entwicklungsmodell in Brasilien auseinander und gibt Denkanstöße im Hinblick auf den Beitrag der Erdgipfel bzw. der aktuell diskutierten Green Economy zu einer nachhaltigeren Welt. Sie beschäftigt sich auch mit der Reform der institutionellen Rahmenbedingungen der UN. Weitere Beiträge gehen auf die Folgen des Klimawandels für Brasilien ein, die Energiematrix des Landes, diskutieren Konzepte zum Wald- und Klimaschutz sowie ökologische Probleme in den Städten. Nicht zuletzt blicken wir auf die Aktivitäten der brasilianischen Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Konferenz. Ein abschließender Artikel geht auf die Frage ein, wie zukunftsfähig die Entwicklungszusammenarbeit mit Brasilien ist.

Das Heft dient zugleich als Vorbereitungsmaterial für die TeilnehmerInnen der Tagung des Runden Tisches Brasilien vom 25.-27. November 2011 in Geseke-Ehringerfeld. Unser Augenmerk auf der Tagung gilt zunächst dem brasilianischen Entwicklungsmodell und der Konferenz Rio+20 an sich. In Foren gehen wir dann stärker auf einzelne Aspekte ein, die die Konferenz Rio+20 betreffen. Ein Ausblick beschäftigt sich mit der kontroversen Diskussion um die internationale Zusammenarbeit mit Brasilien.

Die vorgestellten Texte bilden eine Grundlage für die Auseinandersetzung auf der Tagung und können natürlich nur einen ersten Einblick in die Themen bieten. Wir laden an dieser Stelle alle Leserinnen und Leser des Brasilicums ein, an der Tagung des Runden Tisches Brasilien teilzunehmen. Übrigens: Weitere Beiträge bzw. die brasilianischen Originalversionen der Artikel befinden sich auf der KoBra-Website unter: KoBra-Veranstaltungen, RTB 2011 (rechts klicken).

Wir wünschen eine angenehme Lektüre!



INHALTSVERZEICHNIS

PAC DIE ARBEITERPARTEI! DAS ENTWICKLUNGSMODELL BRASILIENS	07
Über die Unzulänglichkeit des aktuellen Wirtschaftsmodells	07
Exkurs: Brasilianische Regierung über das Wachstums-Beschleunigungsprogramm	08
VON RIO92 ZU RIO+20: EIN ÜBERBLICK	10
Von Rio zu Rio+20: eine Leidensgeschichte	10
Globale Umweltgovernance und Rio+20: Groß denken – klein begeben?	14
MIT RIO+20 IN DIE NACHHALTIGKEIT?	17
Rio+20 – eine UN-Konferenz: Möglichkeiten für einen Neubeginn und ihre engen Grenzen	17
Wachstum der Grenzen - Auf dem Weg in die ökologische Moderne	20
VERÄNDERTES KLIMA – NACHHALTIGE FOLGEN?	23
Naturkatastrophen und Klimaveränderung in Brasilien	23
Klimaschwankungen im Amazonasraum	24
ENERGIEGEWINNUNG AUF BRASILIANISCH	27
Das brasilianische Modell. Entwicklung ist Umverteilung plus Großprojekte	27
WALD-WANDEL UND WALD-HANDEL	30
Dollars, Hoffnungen und Kontroversen - REDD in Amazonien	30
ÖKOLOGIE IN MEGAMETROPOLEN	34
Die Herausforderungen und Chancen der Megastädte	34
RIO+20 UND ZIVILGESELLSCHAFT	37
Kein Umweltschutz ohne Armutsbekämpfung	37
Regierung und Zivilgesellschaft führen Dialog über die Konferenz Rio+20	38
Die Zivilgesellschaft Brasiliens kündigt „Gipfeltreffen der Völker“ an	39
IST ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT BRASILIEN ZUKUNFTSFÄHIG?	41
Brasilien und die internationale NRO-Zusammenarbeit	41
EXKURS ZUM ABSCHLUSS: YASUNÍ	44

Textos originais em português estão no site da KoBra no menu: KoBra-Eventos, RTB 2011 (menu à direita). Portugiesische Originaltexte aus diesem Heft finden sich auf der KoBra-Website unter: KoBra-Veranstaltungen, RTB 2011 (rechts klicken).



Die Regierung der Präsidentin Dilma Rousseff wird sich erst noch mit der Unzulänglichkeit des aktuellen Wirtschaftsmodells abfinden müssen

VON GUILHERME C. DELGADO, WWW.CORREIODADANIA.COM.BR/, JULI 2011. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH ÜBERSETZT VON ANNIKA WEIB.

Geht man von den in den letzten Jahrzehnten steigenden Investitionen aus, dürfte die Wirtschaft Brasiliens in der gegenwärtigen Amtszeit von Präsidentin Dilma Rousseff wachsen. Bewirken sollen dies drei strategische Projekte: die Energieprogramme zur Erdölförderung und Wasserkraftnutzung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes PAC, die jährlichen Ernteziele für die Landwirtschaft sowie die Infrastrukturinvestitionen für die Fußball-WM 2014 und die Olympischen Sommerspiele 2016. Es sind diese drei „Sektoren“, welche die gesamte Wirtschaft ankurbeln werden, indem sie durch Investitionen, die sicherlich die Produktion und die Arbeitsproduktivität insgesamt steigern werden, mehr als alle anderen wachsen werden. Dieser Überzeugung sind die Entwicklungs- und Wachstumsjünger [Anm. d. Red.: *Novo Desenvolvimentismo*: eine an den Strukturalismus der CEPAL (1960er bis 1980er Jahre) angelehnte wachstumsorientierte Politik, welche Wettbewerbsfähigkeit mit umfassendem sozialem Wohlstand und gerechter Einkommensverteilung zu vereinbaren versucht.] in der Regierung, die auf eine Erfolg versprechende Lage im Ausland setzen, die jene Projekte zulässt.

Schwere Krisen im Ausland werden diese Wachstumsspirale jedoch hemmen, wie die nachfolgenden Überlegungen zeigen.

Die materielle Basis, auf der der Glaube an Entwicklung und Wachstum beruht, hängt stark vom Zustrom des Auslandskapitals, mit dem Mega-Investitionen finanziert werden können, und von der Auslandsnachfrage nach Exportprodukten ab. Diese Auslandsnachfrage bzw. der Warenexport ist die Voraussetzung für die Zahlungsfähigkeit des Landes und die Finanzierung des kurz- oder längerfristig in Brasilien operierenden Auslandskapitals.

Betrachtet man die Wirtschaftsstruktur der Sektoren, die seit den letzten Jahren am meisten gewachsen sind, wird deutlich, dass es Gemeinsamkeiten in der Produktion gibt. Sei es die Erdölförderung, die Wasserkraftnutzung, die Agrarwirtschaft oder der Bergbau, all diese Produktionszweige basieren auf der Nutzung von natürlichen Ressourcen, deren Vorkommen nicht von Investitionen oder menschlicher Arbeitskraft abhängt.

Im aktuellen Panorama der weltwirtschaftlichen Integration Brasiliens spielen die natürlichen Ressourcen inzwischen die wichtigste Rolle für die externe Wettbewerbsfähigkeit. Dieses Streben nach einer Wettbewerbsfähigkeit, deren Basis die endlichen Vorräte an natürlichen Ressourcen bilden, ist aus mehreren Gründen beunruhigend. Zur Förderung der Rohstoffe ist wenig menschliche Arbeitskraft erforderlich und es herrscht ein großer Druck, in möglichst kurzer Zeit übermäßig viele natürliche Ressourcen auszubeuten. Hightech-Innovationen in der Industrie sind außer im Falle der Offshore-Projekte zur Förderung von Erdöl zweitrangig, da die Produktivitätsgewinne aus dem Rohstoff-Export viel mehr mit den sogenannten natürlichen Wettbewerbsvorteilen verbunden sind.

Allerdings gibt es bei dieser strategischen Konstellation eine Falle. Externe Wettbewerbsfähigkeit, die auf den Ex-



portprodukten des Agrar- und des Mineralsektors beruht und sich auf die Produktivität der Anbauflächen und der Minerallagerstätten stützt, ermöglicht zwar eine gewisse Kapitalanhäufung in der stark von Auslandskapital abhängigen Wirtschaft. Es wird sich jedoch nicht vermeiden lassen, dass die Lagerstätten und Anbauflächen übermäßig ausgebeutet werden und/oder die agrochemischen Techniken in den bereits bewirtschafteten Gebieten intensiviert werden, damit man sich einen größeren Anteil am Weltmarkt der Primärprodukte sichern kann. Dieses vage Szenario ist ökonomisch wie ökologisch mittelfristig nicht nachhaltig. Die erwähnten Produktivitätsgewinne aus dem Export von Mineralien, Erdöl, Fleisch, Soja, Ethanol etc. steigen und fallen im Rhythmus mit der Verschwendung von nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen.

Außerdem ist das Verteilungssystem dieses Modells anfällig für Korruption. Die Produktivitätsgewinne aus der Aufschwungphase der Exportprodukte wandern als Pacht- und Zinserträge in die Taschen der BesitzerInnen von Ländereien, Lagerstätten und des Kapitals. Die sozialen und Umweltkosten, welche durch die exzessive Ausbeutung dieser Ressourcen und die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse entstehen, muss jedoch die ganze Gesellschaft tragen. Entschädigungen sind nötig, aber sie

werden nicht ausreichen, um die Einkommen der Arbeitskräfte zu sichern und die Kosten zu kompensieren, die auf der Gesellschaft und der Umwelt abgewälzt werden.

Die zerstörerische Produktionsweise und die Verteilungsungleichheit harmonisieren offensichtlich nicht mit einer politischen und sozialen Demokratie. Es ist nicht klar, ob sich die Regierung bewusst ist, dass ihre Politik mittelfristig nicht nachhaltig ist. Das Steuersystem und die Sozialpolitik müssten angepasst und ein großer Anteil der Pacht- und Zinserträge umverteilt werden, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu gewährleisten. Aber auch wenn es dazu käme, wäre das Problem an sich noch nicht gelöst. Nur wie soll das erreicht werden, wenn das System von den BesitzerInnen des Reichtums selbst kontrolliert wird?

Das gegenwärtige Wirtschaftsmodell muss also ernsthaft hinterfragt werden. Nicht aus der konservativen Sicht einer monetären Stabilisierungspolitik, sondern aus der Sicht, die die Grundbedürfnisse der ArbeiterInnen und der gesamten Gesellschaft berücksichtigt. Deren Teilhabe am „Wirtschaftskuchen“ wird durch das Rezept der „KonditorInnen“ zusehends geschmälert, die an einem Konzept von Wachstum und Entwicklung arbeiten, das vom Ausland

Was ist das Wachstums-Beschleunigungsprogramm?

Eine Erklärung der brasilianischen Regierung

AUS WWW.BRASIL.GOV.BR. ZULETZT ABGERUFEN AM 26.9.2011. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH ÜBERSETZT VON ANDREA BEEKEN.

Mit der Einführung des größten, je im Land durchgeführten strategischen Projektes am 22. Januar 2007, hat die Ära des Wirtschaftswachstums in Brasilien Gestalt angenommen. Das Programm zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (*Programa de Aceleração do Crescimento, PAC*) ist ein Maßnahmenpaket, das zu Investitionen in die Infrastruktur, zur Kreditaufnahme und zur Steuerbefreiung anregen soll, um das BIP (Brutto- Inlandsprodukt, d.h. die Summe der im



Land produzierten Güter und Dienstleistungen) und den Beschäftigungszuwachs zu steigern – und das alles in Verbindung mit Verbesserungen im sozialen Bereich in ganz Brasilien.

Die erste Phase des Programms hat ihr Ziel erreicht. Der Anteil der gesamten Investitionen am BIP stieg von 16,4% im Jahre 2006 auf 18,4% im Jahre 2010. Außerdem konnte Brasilien von Januar 2007 bis Juni 2011 8,9 Millionen reguläre Arbeitsplätze schaffen – ein Rekord.

Um mit diesen und anderen erfolgreichen Maßnahmen fortfahren zu können, hat die Regierung am 29. März 2010 die zweite Phase des Programms ins Leben gerufen, das weitere soziale und städtische Infrastrukturmaßnahmen beinhaltet. Die Investitionen des PAC2 finden in sechs großen Bereichen statt: Im Transportwesen und in der Energiegewinnung, im städtisch-sozialen Bereich mit den Programmen „Lebenswerte Stadt“, „Bürgergemeinschaft“, „Mein Haus, Mein Leben“ sowie „Wasser und Licht für alle“. [Anm. d. Red.: Das Programm Cidade Melhor „Lebenswerte Stadt“ setzt sich für eine höhere Lebensqualität ein, das Programm Comunidade Cidadã „Bürgergemeinschaft“ für mehr staatliche Präsenz sowie für eine Verbesserung der öffentlichen Basisdienste. Das Wohnungsbauprogramm Minha Casa, Minha Vida „Mein Haus – Mein Leben“ hat das Ziel, die Wohnungsnot zu verringern. Água e Luz para Todos „Licht und Wasser für Alle“ setzt sich für einen landesweiten Zugang zu Wasser und Elektrizität ein.]

Die zweite Phase des Projektes umfasst und vertieft die Maßnahmen der ersten. Die Umsetzungsgeschwindigkeit des Programms orientiert sich 2011 am Niveau von 2010, dem Jahr mit der besten Leistung des Programms. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind bereits 86,4 Milliarden Reais in Projekte in ganz Brasilien geflossen.

Von dieser Gesamtsumme gingen 35 Milliarden Reais in die Finanzierung von Wohnraum, 24,4 Milliarden an staatliche Unternehmen, 13,4 Milliarden Reais in den Privatsektor und 9 Milliarden Reais in den Bundeshaushalt. Die Kennzahlen zur Verwendung der Haushaltsmittel zeigen, dass die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Wachstumsbeschleunigungsprogramm gute Fortschritte macht. Die restlichen 3 Milliarden Reais fließen in das Wohnungsbauprogramm „Mein Haus – Mein Leben“.

PAC2, das 2011 startete, konsolidiert nun das, was in den ersten vier Jahren des Programms begonnen wurde. In den ersten Monaten dieses Jahres konnte das Programm das gleiche Niveau der Haushaltsausführung beibehalten wie 2010, das Jahr, in dem die erste Phase des Programms ihre beste Leistung erbrachte.

Mit einer Investition von 32,5 Milliarden Reais im Energiesektor bis Ende Juni 2011 sind die Leistungen der Staatsbetriebe und des privaten Sektors ebenfalls zufriedenstellend, da sie 31% der veranschlagten 105,4 Milliarden Reais entsprechen. Außerdem konnte sich die Anzahl von 1,2 Millionen neu geschaffenen, regulären Arbeitsplätzen für den Zeitraum halten, was zu einer Arbeitslosenquote um die 6,2% im Juni führte – ein Wert, der weit unter dem liegt, der für den gleichen Monat in früheren Jahren gemessen wurde.

Mit Maßnahmen und konkreten Ergebnissen wie diesen soll PAC2 die Wachstumsbeschleunigung des BIP beibehalten, Arbeitsplätze schaffen, Einkommen verteilen und die Infrastruktur des Landes verbessern.



Von Rio zu Rio+20: eine Leidensgeschichte

VON ROSMARIE BÄR FÜR ALLIANCE SÜD,
 WWW.ALLIANCESUD.CH/DE/EP/KLIMA/
 VON-RIO-ZU-RIO-20, APRIL 2011,
 GEKÜRZT.

Im Juni 2012 findet in Rio de Janeiro die UNO-Konferenz „Rio+20“ statt. Zwanzig Jahre nach dem ersten Erdgipfel, ebenfalls in Rio, wird sich zeigen, ob die Staatengemeinschaft nach zwei verlorenen Jahrzehnten doch noch auf den Weg der nachhaltigen Entwicklung findet. Gesucht ist eine Ökonomie jenseits von Wachstum.

1992, am Erdgipfel von Rio, hat sich die Staatengemeinschaft auf den Weg der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Es war die Geburtsstunde der „Weltinnenpolitik“ und das Versprechen eines neuen Entwicklungsparadigmas: „Der einzige Weg, der uns eine sichere und blühende Zukunft beschern kann, besteht darin, Umwelt- und Entwicklungsfragen gleichermaßen und miteinander anzugehen“, heißt es im Aktionsprogramm „Agenda 21“, das vom Gipfel verabschiedet wurde. Und weiter: „Wir müssen menschliche Grundbedürfnisse befriedigen, den Lebensstandard aller Menschen verbessern und die Ökosysteme wirkungsvoll schützen und verwalten“. Auf der Folgekonferenz „Rio+20“ soll der Weg für eine „Grüne Wirtschaft“ geebnet werden. Viele Entwicklungsländer sind mit Skepsis in die Vorbereitungen eingestiegen. Sie bangen um das Recht auf Entwicklung.

Die Ausgangslage

Die Industriestaaten übernehmen – dem Verursacherprinzip verpflichtet – die Hauptverantwortung für den globalen Kurswechsel und für die Umsetzung der Rio-Beschlüsse: „Die Hauptursache

dafür, dass die Umwelt auf der ganzen Erde immer ärger in Mitleidenschaft gezogen wird, ist das unverträgliche Konsum- und Produktionsverhalten, vor allem der Industriestaaten“, heißt es in der Agenda 21.

Ein Jahr später, auf der Wiener Menschenrechtskonferenz, wurde das Recht auf Entwicklung mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit verknüpft: „Das Recht auf Entwicklung sollte so verwirklicht werden, dass den Bedürfnissen gegenwärtiger und künftiger Generationen in den Bereichen Entwicklung und Umwelt gleichermaßen Rechnung getragen wird“. Mit dem Millenniumsziel 7 „Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit“ wurden die Rio-Beschlüsse nochmals bekräftigt.

Beschämende Bilanz

Die „Eine Welt“ ist in den 20 Jahren nicht geworden, was in Rio versprochen wurde. Im Gegenteil. Das Ökosystem Erde gerät immer mehr aus den Fugen. Zentrale wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sind jeder Nachhaltigkeit zuwidergelaufen. Umwelt- und Ressourcendaten stehen auf „Alarm“. Die Klimaveränderung ist zur größten Bedrohung für die menschliche Entwicklung geworden. Sie verdeutlicht exemplarisch, dass das nicht-nachhaltige Produktions- und Konsumverhalten auf unverrückbare Grenzen der Natur stößt und sie irreversibel überschreitet.

Der ökologische Fußabdruck der Industriestaaten ist definitiv zu groß geworden und übersteigt die Trag- und Regenerationsfähigkeit der Erde. Die Zerstörung der Wälder geht unvermindert weiter, die Artenvielfalt schwindet rapide, sauberes Wasser, Grundlage des Lebens, wird immer knapper, Bodenerosion und Desertifikation schreiten voran, die Meere werden leer gefischt. Die Zahl



der Menschen, die Hunger leiden, hat sich auf über 1 Milliarde erhöht. Armut zeigt sich als fehlender Zugang zu öffentlichen Gütern wie sauberes Trinkwasser, Bildung und Gesundheitsversorgung. Grundlegende Menschenrechte von Millionen von Menschen werden dadurch verletzt. Soziale Spannungen und Verteilungskonflikte nehmen zu. Die Zahl der Ökoflüchtlinge steigt.

Run auf Ressourcen und Land

Der globale Bedarf an nicht-erneuerbaren Ressourcen und Rohstoffen hat rasant zugenommen. Ein rücksichtsloser Wettlauf um die Restvorkommen ist in vollem Gange, vor allem um die „strategischen Rohstoffe“, die in Schwellen- und Entwicklungsländern vorkommen. Die Industriestaaten, allen voran die EU, entwickeln „Rohstoffstrategien“, die ihnen die Versorgungssicherheit für die einheimische Industrie sichern soll.

Nach fruchtbarem Ackerland ist eine Jagd in großem Stil im Gange. Der afrikanische Kontinent ist zum Ausverkauf freigegeben. Länder, denen Wasser und Land ausgeht für die Ernährung der Bevölkerung, sichern sich mit „Offshore Farmland“ [*landwirtschaftliche Anbaufläche für den eigenen Bedarf im Ausland, Anm. d. Red.*] die Versorgung zu Hause. Millionen von Hektar Bauernland wurden zudem zweckentfremdet für den großflächigen Anbau von Agrotreibstoffen. „Benzin statt Brot“ vertreibt lokale Bauernfamilien von ihrer Lebensgrundlage, Hunger und Armut breiten sich aus. Ausbeutung, Verletzung der Menschenrechte und Umweltzerstörung werden in Kauf genommen.

Versagen der Politik

20 Jahre Rio heißt 20 Jahre kollektives Versagen der Politik. Sie war nicht willens den versprochenen Paradigmenwechsel einzuleiten. Zwei Jahre nach

dem Erdgipfel wurde die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet und das Primat des Freihandels etabliert. Während die Staatschefs in Rio bekräftigten, das nördliche Wirtschafts- und Entwicklungsmodell sei nicht globalisierbar, stülpten sie es mit der WTO der Welt über. Die Öffnung der Märkte wurde mit harten Sanktionsmöglichkeiten abgesichert, während die Umwelt- und Sozialregeln von Rio „soft law“ oder politisch-moralische Verpflichtung blieben.

Dort, wo es wie bei den drei Konventionen von Rio um zwingendes Völkerrecht ging, wurde (und wird) hart um die Konkretisierung gerungen, die Umsetzung wo immer möglich verzögert und unterlaufen. Das Trauerspiel um den Vollzug des Kyotoprotokolls und das Pokern um ein Folgeabkommen sind Beispiele dafür.

Schwache UNO-Gremien

Die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) wurde beauftragt, den Umsetzungsprozess der „Agenda 21“ zu begleiten und zu überprüfen. Es war von Beginn an ein schwaches Gremium, ohne verbindliche Beschlusskompetenz. Ihr Einfluss, aber auch ihre Ambitionen wurden von Jahr zu Jahr bescheidener. Schubkraft für den Entwicklungsprozess konnte sie keine entwickeln. In den Medien und in der internationalen Öffentlichkeit fand sie kaum Beachtung. Die jährliche Konferenz in New York wurde (und wird) von den Mitgliedstaaten immer lustloser als Pflichtübung abgesehen.

Mit der Gründung einer Welt-Umweltbehörde – als Gegenpol zur WTO – hätte die „Nachhaltige Entwicklung“ entscheidend gestärkt werden können. Doch diese Gründung fand bisher nicht statt. Wenn es der Staatengemeinschaft noch Ernst ist mit „dem gemeinsamen Weg in die Zukunft“, muss sie beim Gipfel „Rio+20“ die dazu notwendigen institutionellen Strukturen innerhalb der UNO schaf-





fen und stärken und das UN-Rechtssystem Richtung „Rechte der Natur“ weiterentwickeln.

wurden Banken gerettet, für die Rettung des Planeten fehlt rundum das Geld.

Grüne Wirtschaft als Ausweg?

„Grüne Wirtschaft“ soll nach dem Willen der UNO-Generalversammlung bei „Rio+20“ eines der Hauptthemen sein. Die Vorbereitungen haben im Mai 2010 "mit vielen Fragen und Zweifeln aus Entwicklungsländern" begonnen. Gemäß einem im Januar veröffentlichten Bericht von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon befürchten ärmere Länder, dass die Reichen ihre Märkte künftig durch höhere Umweltstandards abschotten. Sie befürchten wirtschaftliche Nachteile, die ihre Entwicklungschancen gefährden. Ban Ki-moon sagte mit Blick auf den Erdgipfel 2012: „Die Welt braucht neue Wirtschaftsweisen. Wir müssen neu bestimmen, was Fortschritt heißt. Wir brauchen eine Revolution der Art wie wir leben, eine Revolution in unseren Beziehungen mit unserem Planeten“. Am Weltwirtschaftsforum in Davos hat er das vorherrschende Wirtschaftsmodell als „weltweiten Selbstmordpakt“ bezeichnet.

Wieder ein verlorenes Jahrzehnt

Das 21. Jahrhundert scheint das Jahrhundert der multiplen Krisen zu sein. Zu Beginn riss die Politik unter dem Druck von Weltbank und Währungsfonds in vielen Ländern den schützenden und ordnenden Rahmen des Staates nieder. In den Entwicklungsländern wurden der Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Gütern wie Wasser, Bildung und Gesundheit Tür und Tor geöffnet. Die sozialen und ökologischen Folgen waren verheerend. Die Einsicht, dass nachhaltige Entwicklung eine Sache der Polis, eine öffentliche Aufgabe ist, war definitiv verschwunden. An der Konferenz „Rio+10“ in Johannesburg musste der damalige Generalsekretär Kofi Annan einräumen, dass für viele Menschen und in mancher Hinsicht die Situation schlechter sei als zehn Jahre zuvor.

Das UNO-Umweltprogramm (UNEP) hat unlängst eine Studie zur „Grünen Wirtschaft“ veröffentlicht. Mit einer Investition von 2% des weltweiten Bruttoinlandsprodukts lasse sich der Übergang in eine grüne Weltwirtschaft einleiten. Mit 1.300 Milliarden US-Dollar pro Jahr könnte nicht nur eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft erzielt, sondern auch Armut bekämpft werden. Der Zwang zum Wachstum wird dabei nicht in Frage gestellt: „Es ist eindeutig, dass die Ökonomien sich weiter entwickeln und wachsen müssen. Diese Entwicklung darf jedoch nicht auf Kosten der Lebenserhaltungssysteme auf dem Land, in den Meeren oder in der Atmosphäre erfolgen, denn diese erhalten unsere Wirtschaftssysteme und damit die Lebensgrundlage von uns allen“, so UNEP-Direktor Achim Steiner.

Das Jahrzehnt ist nicht „bloß“ zum Jahrzehnt der Klima- und Ernährungskrise geworden; die Welt wurde erschüttert durch eine Finanz- und Wirtschaftskrise, ausgelöst durch das internationale Bankendesaster. Unter dem Schock fand die Politik als Ausweg nur eine Antwort: Wachstum, auf Teufel komm raus, fossiles Wachstum. Mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung und der Ankerbelung der Wirtschaft ließ sie sich erpressen, verabschiedete Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme, die gegen jegliche Nachhaltigkeit verstießen. Mit Milliarden



Grünes Wachstum – eine „ökokapitalistische Illusion“

Die OECD will nicht bloß „Grüne Wirtschaft“, sie will „Grünes Wachstum“. Dazu wird sie demnächst eine Strategie vorlegen. Ökonomisches Wachstum soll gestärkt und gleichzeitig den ökologischen Krisen, wie der Klimaveränderung, begegnet werden. Die EU hat bereits letztes Jahr eine „Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum 2020“ verabschiedet. Beide Beispiele zeigen: Die Industriestaaten wollen die Krisen des 21. Jahrhunderts mit den Mitteln bekämpfen, mit denen die Krisen verursacht wurden. Wird damit 20 Jahre nach Rio der Grundsatz der Nachhaltigkeit im Abfalleimer der Geschichte entsorgt?

Es gibt eine einfache Wahrheit, die auch mit dem Adjektiv „Grün“ nicht umzustoßen ist: In einer begrenzten Welt ist unbegrenztes Wachstum nicht möglich. Unsere Erde ist ein begrenzter Raum. Der Boden, die nicht-erneuerbaren Ressourcen, wachsen nicht nach. Die Biosphäre wächst nicht. Sie kann nicht endlos Schadstoffe aufnehmen. Mit Effizienz und grüner Technologie lassen sich die Klimaveränderung und das Ressourcenproblem nicht lösen. Um unter der 2Grad-Erwärmungsgrenze zu bleiben, bräuchte es in kurzer Zeit in den Industriestaaten mindestens einen Effizienzfaktor 43. Aus der Krise „herauswachsen“ ist eine Illusion. Den „Rebound-Effekt“ [*Überkompensation von Einsparungen durch vermehrte Nutzung, Anm. d. Red.*] kennen wir nicht zuletzt von der Mobilität.

Suffizienz – Ökonomie des Genug

Einen Begriff fürchten die Politik und auch viele Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wie der Teufel das Weihwasser: Suffizienz. Sie haben Angst, als Verzichtsmuffel, Verhinderer und „Gürtelenger-schnallen-Apostel“ abgestempelt

zu werden. Zweifellos ist es einfacher, Wachstumsgewinne etwas gerechter zu verteilen, als das gerechte Teilen des Vorhandenen zu postulieren. Aber Suffizienz heißt nicht Verzicht. Es ist eine Ökonomie des „Genug“.

Um den Natur- und Ressourcenverschleiß und die Treibhausgasemissionen in kurzer Zeit zu stoppen, braucht es Suffizienz. Suffizienz in den Industriestaaten. Das heißt nichts anderes, als dass eine nachhaltige, die Lebensgrundlagen sichernde Wirtschaft nicht nur nicht wachsen, sondern in einzelnen Segmenten schrumpfen muss.

Ein bedenkenswerter Vorschlag zuhanden der „Rio+20“-Konferenz kommt aus Sri Lanka, vom Vizepräsidenten des Weltklimarates (IPCC) Prof. Mohan Munasinghe: "Wir sollten uns auf die 1,4 Milliarden Menschen konzentrieren, die die reichsten 20% der Weltbevölkerung ausmachen. Sie verbrauchen 80% der globalen Produktion oder 60 Mal mehr als die ärmsten 20% der Menschen." Da diese Länder 80% der globalen CO₂-Emissionen ausstoßen und 80% der Ressourcen verbrauchen, machten bereits kleine Änderungen einen großen Unterschied, so Munasinghe.

Es gibt kein Szenario eines ökologischen, nachhaltigen kontinuierlichen Wachstums für eine Welt mit 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050. Im Wissen um die Endlichkeit der Ressourcen und der Grenzen des Umweltraumes muss für eine wachsende Zahl von Menschen eine gerechte Verteilung und ein Leben in Würde ermöglicht werden. Es geht um Gerechtigkeit jenseits von Wachstum. Bedingungen und Möglichkeiten einer Postwachstumsökonomie sind jetzt auszuloten. Das ist die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts.



Globale Umweltgovernance und Rio+20: Großdenken – klein begeben?

VON BARBARA UNMÜBIG FÜR DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, WWW.BOELL.DE/INTERNATIONALEPOLITIK/, APRIL 2011, GEKÜRZT.

Der Konsens der Staatenfamilie ist groß: Die internationale Umweltarchitektur ist dringend reformbedürftig. Mit ihr sind die globalen Umweltkrisen nicht schlagkräftig zu meistern. Wie die stellvertretende Exekutivdirektorin von UNEP Angela Cropper, schreibt, erkennen wir "im gegenwärtigen System der ‚International Environmental Governance‘ (IEG) wenig Rationalität, Methodik oder Verbindung zwischen den verschiedenen Teilen: Im Gegenteil, wir finden eine immens komplexe Unordnung von mehr als 500 umweltpolitischen Abkommen, von voneinander losgelösten Institutionen und Körperschaften und nicht eingehaltenen Zusagen".

Business as Usual keine Option

Die institutionelle Fragmentierung der UN-Umweltaktivitäten und –abkommen, die mangelhafte Koordination und Inef-

fizienz sowie die finanzielle Unterausstattung sind keine neuen Themen. Die Strukturen der Umweltgovernance innerhalb der UNO waren schon immer Anlass für kontroverse Diskussionen. Schlagkräftiger ist die UNO dadurch nicht geworden. Im Gegenteil kamen immer neue Abkommen, Programme und Fonds hinzu, die das Koordinationsproblem noch verschärft haben. Neben den Hunderten von Umweltabkommen gibt es „44 unterschiedliche UN-Einrichtungen mit einem Mandat zu umweltbezogenen Aktivitäten“, hat Nils Simon vom SPW-Institut in Berlin festgestellt.

Auch beim Johannesburg-Gipfel 2002 ("Rio+10") wurde der Ruf nach einer grundlegenden Strukturreform laut. Von einigen europäischen Regierungen wurde erstmals – als weitreichende Antwort auf die zersplitterten UN-Strukturen – eine Weltumweltorganisation ins Gespräch gebracht. NGOs freundeten sich mit der Idee an, weil sie sich davon ein Gegengewicht zur Welthandelsorganisation (WTO) erhofften. Das war aber politisch nicht durchsetzbar. Weder die USA, deren Skepsis gegenüber neuen Organisationen in den 2000er Jahren unter der Bush-Regierung als unüberwindbar galt, noch eine Mehrheit der Schwellen- und Entwicklungsländer



Quelle: diplomatie.uol.com.br



konnten sich dafür erwärmen. Letztere befürchteten ein Auseinanderdriften von Umwelt- und Entwicklungsaufgaben im UN-System.

Regierungen erklären nun seit einiger Zeit, dass der Status quo keine Option sei. Wie kam dieser Sinneswandel zustande? Mit dem Mandat der UN-Generalversammlung wurden seit 2006 verschiedene zwischenstaatliche Konsultationsprozesse eingeleitet. Auch wenn sie nicht zu einem konkreten Abschluss kamen – diese Prozesse haben den Grundstein für eine gemeinsame Fehleranalyse im System der Umweltgovernance gelegt und zu der Erkenntnis geführt, dass ein Business as Usual nicht vertretbar ist. Die Obama-Administration signalisiert nun vorsichtig Veränderungsbereitschaft. Auch China kann sich moderate Verbesserungen vorstellen. Eine Garantie für echte Reformfortschritte ist das aber noch lange nicht.

Welche Optionen?

Seit 2009 arbeitet auf Vorschlag des Verwaltungsrats der UNEP eine Konsultativgruppe, die fünf Reformoptionen vorgelegt hat. Dazu gehören

- α) eine Aufwertung von UNEP, mit mehr Geld, Weisungsbefugnis und Koordinationsaufgaben;
- β) die Gründung einer neuen UN-Dachorganisation für Nachhaltige Entwicklung;
- γ) der Aufbau einer neuen Sonderorganisation, einer Weltumweltorganisation – analog zur Weltgesundheitsorganisation (WHO);
- δ) eine Reform des UN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) und der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD), die beim Gipfel in Rio 1992 gegründet wurde; und
- ε) als letzte und am wenigsten konkrete Option institutionelle Reformen und das Streamlining vorhandener Strukturen.

Beim Treffen der Konsultativgruppe in Helsinki im November 2010 gab es noch keinen Konsens. Alle Optionen sollen weiter geprüft werden. Im Februar 2011 hat sich der Verwaltungsrat der UNEP erneut mit den Reformvorschlägen befasst. Hier zeigten sich große Differenzen zwischen der EU und der Schweiz einerseits, die sich für eine neue starke UN-Umweltorganisation, aufbauend auf UNEP, einsetzen, und den USA, China, Russland, Indien und Argentinien. Umstritten ist, was denn der Mehrwert einer zentralisierten UN-Umweltorganisation sein soll. Weitergehende Vorschläge werden von einem großen Teil der Schwellen- und Entwicklungsländer mit großer Skepsis betrachtet. Sie blockieren den Versuch, einer neuen Dachorganisation zum Durchbruch zu verhelfen.

Pragmatismus und großer Wurf zugleich?

Klar ist derzeit nur, dass das Thema Reform der Umweltgovernance auf der Agenda für Rio+20 bleibt. Alte Differenzen zwischen verschiedenen AkteurInnen sind wieder aufgebrochen. Immer deutlicher wird das Streben nach einer pragmatischen Lösung nach all den gescheiterten Reformversuchen der letzten Dekade. Realistisch soll die Reform sein und für alle AkteurInnen, die im UN-Konsensprinzip ins Boot geholt werden müssen, politisch akzeptabel. Das klingt wie so häufig nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Das könnte in eine Aufwertung von UNEP münden, wobei jetzt schon von einigen Entwicklungsländern kritisch gefragt wird, was das eigentlich heißen soll: mehr Ressourcen und ein breiteres Mandat?

Der Ausbau von UNEP wäre nicht falsch. Das grundsätzliche Problem der mangelnden Koordination zwischen den vielen Umweltabkommen einerseits und den anderen Organisationen im UN-





System und internationalen Organisationen wie den Internationalen Finanzinstitutionen und der WTO wäre damit jedoch nicht vom Tisch. Ein Beweis dafür, dass zumindest kleine Reformschritte im UN-System möglich sind, wäre allerdings erbracht.

Weiterhin wird die Konsultativgruppe an den diversen Optionen arbeiten. Was die von ihr ins Gespräch gebrachten Reformoptionen angeht, verweist sie auch auf das *"High Level Panel on Global Sustainability"*, das UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zur Vorbereitung der Rio +20-Konferenz einberufen hat. Dieses Panel soll, so Ban Ki-moon, „groß denken“ und ambitionierte wie pragmatische Pläne für eine nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert vorlegen. Der Bericht des 21-köpfigen Panels soll im Herbst 2011 vorliegen. Inwiefern sich dieses Panel auch der institutionellen Reformen annimmt, und der UN eine bessere Ausstattung und ein Mandat zur Lösung der globalen Umweltkrisen gibt, ist zu hoffen, gerade weil die diversen Blockaden im UNEP-Verwaltungsrat wieder so offen zutage treten.

Die zentralen Ursachen der gegenwärtigen Schwäche internationaler Umwelt-

politik und ihrer strukturellen Unfähigkeit liegen in den Interessensgegensätzen, in Verteilungs- und Machtproblemen innerhalb der sehr heterogenen Staatengemeinschaft. Auch eine begrenzte Reform der Umweltgovernance braucht den politischen Willen. Deshalb glauben viele BeobachterInnen, dass es eine weitergehende Reform der UN-Umweltgovernance nur

geben wird, wenn sich dazu etwas auf den diversen Top-Ebenen der Regierungen bewegt. Dort wo sich Interessenskonstellationen verhärtet haben, wie bei den UN-Klimaverhandlungen oder bei der Klima- und Entwicklungsfinanzierung, nützt auch die eine kleine Reform im Bereich der Umweltgovernance nicht wirklich. Für die verschiedenen Interessengruppen geht es eben nicht um ein klar definiertes Steuerungsziel, etwa eine kohlenstoffarme Weltwirtschaft, eine nachhaltige öko-soziale Agrar- oder Ressourcenpolitik (oder um die „einzig“ wünschenswerte Governancestruktur), sondern um widersprüchliche Interessen.



Rio+20 – eine UN-Konferenz

Möglichkeiten für einen Neubeginn und ihre engen Grenzen

VON JEAN PIERRE LEROY, FÁTIMA MELLO, JULIANNA MALERBA, MAUREEN SANTOS, MELISANDA TRENTIN, LETÍCIA TURA UND JORGE EDUARDO DURÃO FÜR DIE FASE. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH ÜBERSETZT VON GILBERTO CALCAGNOTTO.

Das Potenzial der UN-Konferenz Rio+20

Im Juni 2012 wird in Rio de Janeiro eine Großveranstaltung stattfinden, die das Ende einer bestehenden und den Beginn einer neuen Ära markieren könnte. Erwartet wird von der Konferenz Rio+20 eine umfassende Bilanz des mit Rio 92 initiierten UN-Konferenzzyklus der 90er Jahre, welcher die Themen [Umwelt], Bevölkerung, Menschenrechte, Frauen, Sozialentwicklung und Stadtagenda umfasste. Die UN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung / Rio+20 soll drei Schwerpunkte haben: eine Einschätzung über die bei Rio 92 vereinbarten Verpflichtungen, „Grüne Wirtschaft“ und die Frage nach der institutionellen Architektur für die Nachhaltige Entwicklung.

Der Kontext von Rio+20: Schwäche des UN-Systems und vielfältige Krisen

Weder das Handeln der Vereinten Nationen noch das der Regierungen wird dem Ernst der beschleunigten Abwärtsspirale gerecht. Weltweit tagen zivilgesellschaftliche Organisationen ihrerseits in parallelen Veranstaltungen zu UN-Konferenzen sowie den Sitzungen der G20 und der multilateralen Finanzinstitutionen, so auch bei der Rio+20.

Für sie besteht die Herausforderung darin, die Regierungen und die Institutionen

des internationalen Systems unter Druck zu setzen, um diese zum effektiven Handeln zu bewegen. Als Belege für die Unfähigkeit des gegenwärtigen internationalen Systems gegenüber den Herausforderungen der Zukunft und der Einhaltung beschlossener Abkommen des Konferenzzyklus seit 1992 kann man die UN-Konferenz von Johannesburg „Rio+10“ ebenso anführen wie die zwischenzeitlichen Umwelt-Konferenzen der Mitgliedsländer, COPs, die Bedeutungslosigkeit des UN-Umweltprogramms ebenso wie ihre Handlungsunfähigkeit angesichts humanitärer Katastrophen.

Von der Nachhaltigen Entwicklung zur Grünen Ökonomie: das Recycling eines nicht-nachhaltigen Modells

Als Ausdruck eines unauflösbaren Widerspruchs erkannte die Konferenz Rio 92 einerseits die schwerwiegende Umweltkrise des Planeten sowie die Verantwortung der Industrieländer an - andererseits bekräftigte sie das Primat der Ökonomie als Motor einer Entwicklung, die bei dieser Gelegenheit „Nachhaltige Entwicklung“ getauft wurde. Stillschweigend erkannten die anwesenden Regierungen und selbst die UN ein Mandat der kapitalistischen Wirtschaft über die politische Macht als Motor der Entwicklung, oder besser: als Lenker der Politik an. Sie kanonisierten die „Nachhaltige Entwicklung“ mit einem Ausdruck, der flugs von der herrschenden Ökonomie vereinbart und damit seines Erneuerungspotenzials beraubt wurde. Anstelle der Worthülse ‚nachhaltige Entwicklung‘ wird die Agenda Rio+20 nun versuchen, die „Grüne Ökonomie“ als neue Phase der kapitalistischen Wirtschaft vorzustellen.

Eine neue, auf „grünem Business“ fußende Umweltbewegung strebt nach der Lösung für die globale Krise, indem sie durch die Vermittlung eines „grünen Marktes“ eine Verbindung zwischen neuen Technologien, Marktlösungen und



der privaten Aneignung des Gemeinguts herzustellen sucht. Dieses Recycling der klassischen kapitalistischen Funktionsweisen stellt einen schwerwiegenden Betrug mit tiefgreifenden Folgen dar, da es darauf hinausläuft, einem aussichtslosen Modell neuen Schwung zu geben, welches als Utopie lediglich Technologie und Privatisierung anbietet.

Die Welt ist gegenwärtig der hegemonialen Macht des Kapitals untergeordnet. Dessen Zukunftsvision besteht lediglich in der Verheißung einer illusorischen – weil ökologisch zerstörerischen, Menschenrechte verletzenden und Länder sowie Bevölkerungen ausgrenzenden – Entwicklung. Die Entwicklungsideologie – mit ihrer Gleichsetzung von ‚Entwicklung‘ und ‚Wirtschaftswachstum zur Erreichung unhaltbarer Produktions- und Konsumziele‘ – ist in die Ideenwelt und Kultur aller sozialen Klassen in Nord und Süd tief eingedrungen. Damit lenkt sie sogar das Handeln solcher Regierungen der südlichen Erdhälfte, die mit dem Mandat zu tief gehenden Veränderungen gewählt worden sind und die es dennoch nicht schaffen, neue Kräftekonstellationen aufzubauen, die in der Lage wären, Hebel zu Veränderungen zu bewegen. Ebenso wenig gelingt es ihnen, Reflexion und politische Macht in Richtung neuer Paradigmen zu entwickeln.

Die Globalisierung der Wirtschaft wird von herrschenden Ländern seit zwei Jahrhunderten und mit besonderer Intensität in den letzten Jahrzehnten betrieben. Auf diese Weise haben sie der Welt ein technisches und ökonomisches Produktions- und Konsumtionsmodell aufgedrängt, das auf Ausbeutung des arbeitenden Menschen, Ausbeutung der Naturressourcen und Ausbeutung anderer Länder gegründet ist.

Die neuen und instabilen Länderkoalitionen, die nicht mehr an der Trennungslinie zwischen Nord und Süd festhalten,

signalisieren ein in Bewegung geratenes, globales politisches Szenario. Rio+20 kann ein wichtiges Moment für die Hebelwirkung einer neuen Kräftekonstellation und einer neuen globalen Agenda sein, die den Sozialbewegungen, den Organisationen der Zivilbevölkerung, den Bewegungen traditioneller und ursprünglicher Völker, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlicher Organisationen – soweit sie die Ansinnen breiter Schichten der Weltbevölkerung widerspiegeln und ausdrücken – Gelegenheit zur Erneuerung ihres Protestes und zur erneuten Hinterfragung der Richtung bieten kann, in die sie zur ihrem Marsch in die Zukunft durch Großkonzerne, Institutionen und herrschende Länder sowie durch die Mehrheit der politischen und ökonomischen Eliten gebracht wurden. Gleichzeitig kann Rio+20 Gelegenheit zum Entwurf ihrer Utopien und zur konsistenteren Aufstellung der von ihnen bisher vage entworfenen Alternativen bieten.

Rio+20 und die Entwicklung von Alternativen

Als universales Ereignis erlaubt uns Rio+20, aus unseren Grenzen herauszutreten, uns der universellen Solidarität jenseits aller Partikularinteressen zu öffnen, gemeinsame Beobachtungspunkte zu suchen, die uns zum Standortwechsel veranlassen und zur Begegnung mit Menschen aus vielen Gegenden der Welt bringen. Dies aber unter der Bedingung, dass wir als Bezugspunkt die marginalisierten und ausgegrenzten Völker und Bevölkerungen im Auge behalten, mit denen wir das Streben nach einer auf Rechte und soziale Gerechtigkeit gegründeten Gesellschaft teilen.

Tausende von Alternativen werden rundum in der Welt entwickelt, die zu Samen für die Entwicklung von neuen Utopien werden können:

- Millionen von KleinbäuerInnen und landlosen LandarbeiterInnen, indigene



Völker und andere traditionelle Völker leisten Widerstand und kämpfen für eine Agrarreform, für ökologische Landwirtschaft und für einen endgültigen Besitz ihrer angestammten Gebiete. Gestützt auf geeignete Technologien können sie die Nahrungs- und Ernährungshoheit sowie -sicherheit für den ganzen Planeten gewährleisten und außerdem können sie zur Wahrung der biologischen Vielfalt und der Wasserressourcen sowie zur Linderung klimatischer Folgen und Anpassung an den Klimawandel einen entscheidenden Beitrag leisten.

- Erfahrungen mit der solidarischen Ökonomie und der Stärkung lokaler Märkte tragen durch kürzere Kreisläufe im Produktions-, Verteilungs- und Konsumbereich zur Reduzierung des Energieverbrauchs bei und begünstigen Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen, die Arbeitsplätze schaffen.
- Nicht der Gewinn darf die Logik der Wirtschaft sein, sondern die Gewährleistung von guten Lebensbedingungen für die Bevölkerung. Damit wird die solidarische Ökonomie bestärkt, die das herrschende Wirtschaftssystem und die damit verbundene Ausgrenzung von Menschen bekämpft. In den Städten, Äckern und Wäldern in der südlichen Erdhälfte arbeitet ein Großteil der informell beschäftigten ArbeitnehmerInnen, die von der Makroökonomie verdrängt werden und eine Mikroökonomie erfinden, die sich zum formellen Sektor teilweise als Ersatz und Konkurrent profiliert, teilweise aber auch eine innovative Rolle spielt.
- Die Wiederherstellung eines dezentralen und ins Umland integrierten städtischen Netzes, die Entwicklung einer neuen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik sowie die Umsetzung neuer politischer Maßnahmen in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasser- und öffentlichem Transportwesen.

Die Konstruktion von Alternativen und die institutionelle Architektur

Die globale Machthierarchie verhindert den Fortschritt menschlicher Emanzipation, wie sie in internationalen Abkommen und Konventionen als Ideal festgeschrieben wurde.



Deshalb muss man die Paradigmen internationaler Institutionen und AkteurInnen, die als TrägerInnen dieses Modells fungieren, in Frage stellen und sich mit ihnen auseinandersetzen, will man in den genannten und anderen Alternativen vorankommen. Man muss notwendigerweise an das Zusammengehen und an einen mittel- und langfristigen Übergang denken. Dieser Übergang wird weniger durch eine innere Reform der gegenwärtigen Instanzen von Wirtschaftsinterventionen durch Umorientierung ihrer Ziele, Methoden und Prioritäten vonstattengehen; eher wird dies anhand der Entwicklung neuer Räume und Institutionen geschehen, die nicht durch ihre Vergangenheit belastet, sondern offen sind für eine neue Kräftekonstellation und neue Agenden.

Damit dies eintritt, muss der Rio+20-Prozess als eine Gelegenheit gesehen werden, in die Akkumulation von Kräften an der Basis der Gesellschaft zu investieren, die auf diese Weise in die Lage versetzt wird, sich für eine neue Utopie einzusetzen. Rio+20 stellt sich als eine Gelegenheit dar, sich neu zu artikulieren und auf globaler Ebene eine Hebelwirkung der politischen Initiative zu bewirken.



Wachstum der Grenzen - Auf dem Weg in die ökologische Moderne

VON RALF FÜCKS FÜR DIE HEINRICH-
BÖLL-STIFTUNG, WWW.BOELL.DE/
OEKOLOGIE/, APRIL 2011.

Vom Weg in die ökologische Mo- derne nach dem Vorbild der Natur

Bald 40 Jahre nach der berühmten Studie des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“ ist das Unbehagen am Wirtschaftswachstum neu erwacht. Keine Frage: Das gegenwärtige Wachstumsmodell ist nicht zukunftsfähig. Es überlastet die Ökosysteme, von denen die Menschenwelt abhängt, und es produziert wachsende Risiken. Geht es um den Abschied vom Wachstum oder um den großen Sprung in eine ökologische Moderne, in der wirtschaftliches Wachstum und Naturverbrauch entkoppelt sind? Heißt die ökologische Vision Wohlstand ohne Wachstum oder Wachsen mit der Natur?

Ein Ende des ökonomischen Wachstums ist reine Fiktion. Vielmehr befinden wir uns mitten in einem gigantischen Wachstumszyklus, der sich noch über die nächsten Jahrzehnte erstrecken wird. Er speist sich aus zwei mächtigen Quellen: dem Anwachsen der Weltbevölkerung von heute knapp 7 Milliarden auf ca. 9 Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050 sowie den nachholenden Bedürfnissen der großen Mehrheit der ErdbewohnerInnen, die gerade dabei sind, sich aus bitterer Armut herauszuarbeiten. Während wir über die Grenzen des Wachstums diskutieren, sind die Menschen in Asien, Lateinamerika und Afrika auf dem Weg, ihre Träume von einem besseren Leben zu verwirklichen – moderne Wohnungen, reichhaltige Nahrung, Fernsehen, Computer und Telefon, modische Kleidung, individuelle Mobilität und Reisen in fremde Länder. Nichts und niemand wird

sie davon abbringen. Die Frage wird einzig sein, ob dieser gewaltige Schub neuer Güter und Dienstleistungen in den ökologischen Kollaps führt oder in nachhaltige Bahnen gelenkt werden kann.

Es ist kein Zufall, dass die Wachstumskritik vor allem in Europa zuhause ist – einem Kontinent, der mit sinkenden Einwohnerzahlen und den wachsenden Selbstzweifeln zu kämpfen hat, ob seine beste Zeit nicht schon vorbei ist. Der Kulturwissenschaftler Harald Welzer hat diese Fin de Siècle-Mentalität auf den Punkt gebracht. Er hält „dem Westen“ Realitätsverleugnung vor, wenn er weiterhin dem Wachstum hinterherrennt. Wachstum, behauptet er, schaffe „weder Arbeitsplätze, noch beseitigt es im Weltmaßstab die Armut“. Wohl wahr, dass wirtschaftliches Wachstum allein noch keinen sozialen Fortschritt verbürgt. Zu bestreiten, dass Wachstum, Beschäftigung und Lebensstandard eng miteinander verwoben sind, ignoriert allerdings alle empirischen Befunde.

Die Grenzen des Wachstums sind variabel

Die Verkündung der „Grenzen des Wachstums“ ist nicht neu. Ende des 18. Jahrhunderts, als die Industrialisierung noch in ihren Anfängen war, prophezeite der englische Ökonom Robert Malthus, dass die Agrarproduktion nicht mit der rasch anwachsenden Bevölkerung Schritt halten könne. Da die Landwirtschaft aufgrund der wachsenden Nachfrage nach Lebensmitteln auf immer unergiebigere Böden ausgeweitet werde, müsse die durchschnittliche Ertragskraft pro Fläche unweigerlich sinken, während die Bevölkerungsrate weiter ansteigt. Steigende Lebensmittelpreise und Hungersnöte seien unausweichlich. Malthus' Gesetz hatte nur einen kleinen Fehler: Es verlängerte den Status quo in die Zukunft. Wie hätte er auch die bahnbrechenden Entdeckungen von Justus Liebig



und seinem Zeitgenossen Gregor Mendel voraussehen können? Die Kombination von Agrochemie und systematischer Pflanzenzucht revolutionierte die Landwirtschaft und vervielfachte die Erträge.

Statt an die ehernen Grenzen des Wachstums zu stoßen, wuchs die Weltbevölkerung seit Malthus' düsteren Prognosen auf das Siebenfache, und zwar parallel mit einem steigenden Kalorienverbrauch pro Kopf. Auch für bald 9 Milliarden Menschen wird es genügend zu essen geben, wenn die nötigen Agrarreformen rechtzeitig eingeleitet werden, die Produktivität der kleinen Farmer steigt und der Überkonsum von Fleisch in den wohlhabenden Ländern sinkt.

Keine Frage, es gibt ökologische Wachstumsgrenzen, die nur bei Strafe schwerer Umweltkrisen überschritten werden können. Sie liegen vor allem in der Absorptionsfähigkeit der Ökosysteme für die von Menschen verursachten Emissionen. Allerdings markieren die Belastungsgrenzen des Ökosystems keine absoluten Grenzen für künftiges Wirtschaftswachstum. Die natürlichen Grenzen des Wachstums sind keine starre Größe. Sie können durch zwei Operationen erweitert werden:

- mittels Steigerung der Ressourceneffizienz sowie
- mittels der Substitution endlicher Rohstoffe durch regenerative Energien und nachwachsende Werkstoffe, also durch potenziell unendliche Quellen des Reichtums.

Bisher zehrte die Industriegesellschaft von den gespeicherten Energievorräten der Erde: Wälder, Kohle, Öl und Gas. Jetzt zeigt sich, dass die Auflösung der Kohlenstoffreserven des Planeten einen lange vernachlässigten Effekt hat – er destabilisiert das Erdklima. Künftig muss die Menschheit ihren Energiebedarf aus erneuerbaren Energiequellen decken. Gleichzeitig erzwingt die absehbare Er-

schöpfung vieler mineralischer Rohstoffe und Metalle den Übergang zu einer Bio-Ökonomie, deren stoffliche Basis aus organischem Material besteht. Letztlich geht es auch hier um Sonnenlicht als primäre Quelle aller Produktion und Konsumtion.

Die Melodie des neuen technischen Fortschritts

Die Brücke zur solaren Zukunft führt über die kontinuierliche Steigerung der Ressourcenproduktivität. Es geht darum, mehr Wohlstand aus einem bestimmten Quantum Rohstoffe und Energie zu erwirtschaften. Was aber hat es mit dem berühmten „Rebound-Effekt“ auf sich, der besagt, dass Effizienzgewinne durch steigenden Konsum aufgeessen werden? Tatsächlich gibt es dafür zahlreiche empirische Belege. Es ist jedoch kein Naturgesetz, dass der Ressourcenverbrauch schneller wächst als die Ressourceneffizienz. Ein zentraler Lenkungsfaktor für den Naturverbrauch ist der Preis knapper Güter. So müssen Energiepreise zumindest proportional zur Energieproduktivität steigen, um keinen Anreiz zum Mehrverbrauch zu liefern. Technische Innovation allein reicht also nicht aus. Damit sie zu den gewünschten ökologischen Zielen führt, braucht es Eingriffe der Politik in die Märkte.

Qualitatives Wachstum als Leitgriff

Über Jahrtausende hinweg sind Menschenzahl und materielle Produktion nur sehr langsam gewachsen. Mit der Industrialisierung setzte eine atemberaubende Beschleunigung ein. In den Jahren 1800 bis 2000 wuchs die Weltbevölkerung um das 6-Fache, der Energieverbrauch um das 40-Fache und die Weltwirtschaft um das 50-Fache (Christian Schwägerl, Menschenzeit, München 2010). Es greift allerdings zu kurz, wenn man die Dynamik der Industriegesellschaft auf „quantitatives Wachstum“



reduziert. Denn welche Kriterien man immer anlegt, ob Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, verfügbare Kalorien pro Kopf, Bildungsniveau, gesundheitliche Versorgung, Frauenrechte oder demokratische Freiheiten – der wachsende materielle Reichtum ging Hand in Hand mit gesellschaftlichem Fortschritt. Mit der Quantität der verfügbaren Güter und Dienstleistungen wuchs auch ihre Qualität. Das gilt – entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil – für Lebensmittel ebenso wie für Kleidung, Haushaltsgeräte, Autos, Computer und Medikamente. „Qualitatives Wachstum“ mag ein neuer Leitbegriff sein; der Sachverhalt selbst ist alles andere als neu.

Zusammenarbeit von Mensch und Natur

Ernst Bloch hat in „Das Prinzip Hoffnung“ Überlegungen zu einem neuen Mensch-Natur-Verhältnis formuliert, die vorwegnehmen, worum es bei der ökologischen Transformation der Industriegesellschaft geht. Anknüpfend an Schellings Unterscheidung zwischen Natur als Objekt und Natur als Produktivität entwirft er die Utopie einer Koproduktion von Mensch und Natur: eine „Allianz-Technik“, die auf die „Entbindung der im Schoß der Natur schlummernden Schöpfungen“ zielt (Das Prinzip Hoffnung, 1985). Während andere Lebewesen in unbewusster Symbiose mit ihrer natürlichen Umwelt leben, muss der von der Natur abgefallene Mensch diese Allianz bewusst herstellen. So zielt die Bionik darauf ab, biologische Prozesse und Materialien in technische Innovationen zu übersetzen und von den phantastischen Lösungen zu lernen, die von der Evolution über lange Zeiträume entwickelt wurden. Weitere Beispiele sind:

- Sonnen- und Windenergie, Gezeitenkraftwerke, die Nutzung von Erntefällen als Bioenergie

- Nanotechnik und Biotechnologie, die den Material- und Energieverbrauch reduzieren
- Recycling von Metallen mittels bakterieller Verfahren
- Plus-Energie-Gebäude, die mehr Energie erzeugen als verbrauchen
- Vertikale Gewächshäuser, die Abwärme von Hochhäusern nutzen, um Obst und Gemüse zu produzieren
- Nutzung von Kohlendioxid aus Industrieanlagen, um Algen zu züchten, die als Grundstoff für Medikamente, Kosmetika, Nahrungs- und Futtermittel dienen
- Rekultivierung von Wüsten: Aufbereitung von Meereswasser mithilfe hochkonzentrierter thermischer Solarenergie, um küstennahe Wüstengebiete wieder fruchtbar zu machen.

Die Rolle der Politik

Wenn wir keine schweren Krisen riskieren wollen, kann die Weltwirtschaft künftig nur noch innerhalb ökologischer Leitplanken wachsen, die von den Belastungsgrenzen der Ökosysteme abzuleiten sind. Es bleibt originäre Aufgabe der Politik, den Handlungsrahmen für Unternehmen, Investoren und Konsumenten zu setzen. Zentral ist die Festlegung von degressiven Emissionsgrenzen für CO₂-Emissionen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Gleichzeitig brauchen wir eine ökologische Dynamik „von unten“, die von High-Tech-Unternehmen und Ökobauern, Erfindern und Investoren, Umweltverbänden und Konsumenten vorangetrieben wird.



Naturkatastrophen und Klimaveränderung in Brasilien

VON PAULO ALFREDO SCHÖNHARDIE FÜR DIE MISSION EINEWELT – REFERAT ENTWICKLUNG UND POLITIK, IM RUND-BRIEF VOM MÄRZ 2011.

Gerade erst begonnen ist das Jahr 2011 bereits das Jahr, in dem Brasilien von den größten Naturkatastrophen seiner jüngeren Geschichte heimgesucht wurde: sintflutartige Regenfälle im Südosten und im Süden Dürre. Stellt sich die Frage, ob wir Menschen die Schuld daran tragen oder es sich um ein rein natürliches Ereignis handelt?

Schlammlawinen und Dürre

Die Wassermassen rissen in den Bergen von Rio de Janeiro ganze Häuser und

viele BewohnerInnen mit, Schlammlawinen begruben ganze Stadtteile unter sich. Tausende von Gebäuden wurden zerstört, Tausende wurden obdachlos und haben all ihren Besitz verloren. Mehr als 800 Tote sind zu beklagen. Noch nie starben in der jüngeren Geschichte Brasiliens so viele Menschen durch eine Naturkatastrophe! Gleichzeitig herrscht im Süden des Bundeslands Rio Grande do Sul extreme Trockenheit, die Ernteausfall, Ernährungsunsicherheit und Wasserknappheit für Tier und Mensch zur Folge hat.

Die Regierung der neuen brasilianischen Bundespräsidentin Dilma Rousseff antwortete mit einem Soforthilfeprogramm von 770 Millionen Reais (ca. 350 Millionen Euro) für die Regenobdachlosen und mit dem Bau von 6.000 Häusern. Die von der Dürre Geschädigten bekamen einen Schuldenerlass für landwirtschaftliche Kredite. Behörden arbeiten



Quelle: caoscarioca.com.br



jetzt an dem Aufbau eines nationalen Systems zur Vorbeugung und Vorwarnung von Naturkatastrophen.

Häufige Katastrophen: Folgen der Erderwärmung

Schon immer gab es Dürreperioden und starken Regen, aber nie mit der heutigen Intensität und in den schon fast regelmäßigen Abständen. ExpertInnen erklären dies mit dem Phänomen „La Niña“, das sich nie so stark äußerte wie gegenwärtig. Dadurch wird das ganze Erdklima verändert und es kommt zu extremen Naturkatastrophen. „La Niña“ bezeichnet die Abkühlung des Pazifischen Ozeans in den Jahren nach dem Phänomen „El Niño“ (Erwärmung des Pazifischen Ozeans). „El Niño“ und „La Niña“ werden beide von der Erderwärmung verursacht. Das bedeutet, dass wir alle mitverantwortlich sind für die Toten in der Region um Rio de Janeiro! Klimaveränderungen bedrohen immer mehr Menschen und verursachen komplexe und weitgreifende Zerstörungen. Beispiele dafür sind Trockenheiten während der Produktionszeit im Süden, verursacht durch Absterben und Abholzung des Amazonaswaldes; Regenausfall im Pantanalgebiet; Wirbelstürme, die es bis vor kurzem überhaupt nicht in Brasilien gab und konzentrierte Regengüssen, die in wenigen Minuten die Hänge kahl schlagen.

Mehr als 5 Millionen Menschen leben in den Favelas, den Armenvierteln, die ohne Genehmigung in nicht geeigneten Gebieten an Hängen gebaut wurden, meistens in Naturschutzgebieten. Villen wurden nicht betroffen von den Katastrophen, sondern vor allem die Menschen in den Armenvierteln.

Klimaschwankungen im Amazonasraum

VON FREI OSMAR FÜR BRASILIEN DIALOG, 1/2/2010, GEKÜRZT.

Auch im Jahr 2010 war das Amazonasbecken von extremer Trockenheit betroffen, die in ihren Ausmaßen selbst noch diejenige von 2005 übertraf. Die damaligen Bedingungen galten bereits als „Jahrhundertdürre“, da über Monate hinweg deutlich zu wenig Regen fiel und zahlreiche Flüsse versiegten – ein Naturereignis, das sich 2010 nicht nur wiederholte, sondern sogar noch großräumiger und heftiger ausgeprägt war.

Situation 2010

Am 24. Oktober 2010 unterschritt der Niedrigwasserstand des Rio Negro in Manaus die Marke von 1963 und lag bei 13,63 Metern – ein Zoll unterhalb der Marke des Jahres 1902, als die Messungen begannen. Von den 62 Gemeinden in der Manaus-Region erklärten 40 den Notstand. Auch der Rio Solimões, dem Quellfluss des Amazonas, sank an seinen drei Messpunkten auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Messungen. Nach Aussagen des „Geologischen Dienstes Brasiliens“ (CPRM) und des „Schutzsystems Amazoniens“ (Sipam) wird im Solimões und im Amazonas der Wasserstand nicht sinken. Selbst stärkere regionale Regenfälle können die Lage nicht wesentlich verbessern. Um die Situation zu verändern, bedürfte es monatelanger Regenfälle.

Der Zivilschutz des Amazonas, in Partnerschaft mit der brasilianischen Armee, verwendet Hubschrauber zur Versorgung der von der Dürre betroffenen Gebiete mit der Bereitstellung von sauberem Wasser und Nahrungsmitteln. Mehr als 62.000 Familien sind von der unerwartet hohen Trockenheit betroffen.



Auch in den Jahren 1998 und 2005 war die Amazonasregion von einer schweren Trockenheit heimgesucht worden. Meist begann die Trockenheit schon im vorangegangenen Jahr. Im Jahre 2005 wurden im Sommer 50% weniger Niederschlag registriert. Im Jahr 2010 begann die Trockenheit verstärkt im Mai mit 40% weniger Niederschlag. Um neun bis zwölf Meter fällt der Wasserspiegel für gewöhnlich während der Trockenheit im Amazonas und seinen zahllosen Nebenflüssen, doch im Jahr 2005 waren es vielerorts vier oder fünf Meter mehr. Ganz im Westen konnte man einige der Nebenflüsse sogar durchwaten. Millionen Fische starben, und vielerorts waren Dörfer nicht mehr erreichbar, weil die Flüsse nicht mehr zu befahren waren.

La Niña und der Trockenstress

Die von Simon Lewis von der University of Leeds und seinen Kollegen ausgewerteten Satellitendaten zeigen, dass 2010 rund drei Millionen Km² Regenwald in Amazonien unter ausbleibenden Niederschlägen litten: Die betroffene Fläche war damit 50% größer als vor sechs Jahren – insgesamt umfasst das Amazonasbecken 5,3 Millionen Km². Besonders betroffen von der Dürre waren vor allem der Südwesten der Region, Teile Boliviens und der brasilianische Bundesstaat Mato Grosso.

Mangels Regen litten viele Bäume unter Trockenstress und reduzierten ihre Fotosyntheseleistung – zum Teil starben sie wohl auch ab, wie vorläufige Erhebungen vermuten lassen. Während der Regenwald normalerweise eine Kohlenstoffsенke bildet, dürfte er 2010 dagegen als CO₂-Quelle gewirkt haben. Viele FarmerInnen haben die Dürre zudem genutzt, um Wald mit Hilfe von Brandrodung in Weide- oder Ackerland umzuwandeln – was die Klimabilanz zusätzlich verschlechterte.

Ausgelöst hat die schwere Dürre wohl

der kombinierte Einfluss der hohen Wassertemperaturen im Atlantik und die Fernwirkung des ausgeprägten El Niño im Pazifik. Das warme Wasser im Atlantischen Ozean hat dafür gesorgt, dass sich die Innertropische Konvergenzzone (ITC) noch weiter als üblich auf die Nordhalbkugel verlagerte: In der ITC treffen Luftmassen aus Nord und Süd aufeinander, steigen auf, bilden Wolken und lösen so Regenfälle aus, die 2010 am Südrand Amazoniens fast völlig fehlten – normalerweise bringen Gewitter hier auch während der saisonalen Trockenzeit ausreichend Niederschläge. Außerdem sorgte das El-Niño-Phänomen für eine veränderte Luftzirkulation in der Region, sodass sich lang anhaltende Hochdruckgebiete über Teilen Südamerikas halten konnten, weswegen die hohen Wassertemperaturen im tropischen Nordatlantik und in der benachbarten Karibik für die ungewöhnliche Trockenheit verantwortlich gemacht werden.

Viele KlimaforscherInnen befürchten, dass sich Dürren in Amazonien im Rahmen der Erderwärmung mehren könnten und die Region ökologisch „umkippt“: Statt Regenwäldern könnten dann großflächig offene Savannen dominieren. Die fortschreitende Entwaldung am Südrand des Ökosystems verschärft die Situation jedoch noch zusätzlich – oder ist sogar hauptverantwortlich: Der Regenwald schafft sich in Teilen sein eigenes feuchtes Klima, doch die Zerstückelung der Waldflächen stört diesen Wasserkreislauf zusehends. Zu dem „La Niña-Phänomen“ kommt die Abholzung des Amazonaswaldes hinzu.

Abholzung

Zu den 20% bisher gerodetem Wald kommen weitere 22% Wald hinzu, die durch das Fällen einzelner Bäume bereits deutlich geschädigt sind. Zusammen ist damit fast die 50%-Grenze erreicht, die einige Wissenschaftler wie Antonio



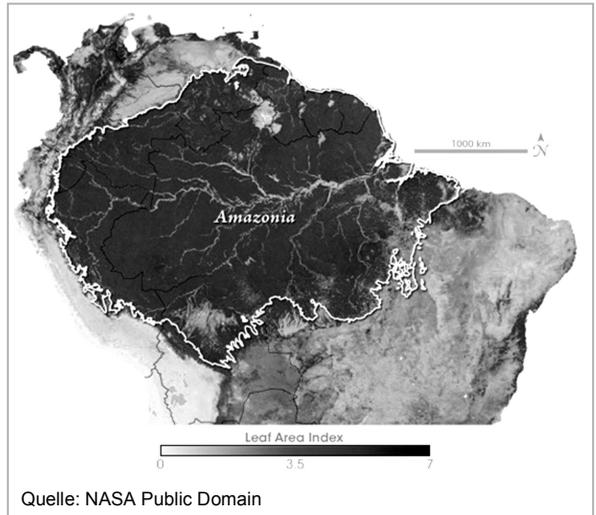
Nobre vom *Instituto Nacional de Pesquisas da Amazônia* (INPA) für einen Schwellenwert halten. Wird sie unterschritten, könnte der ganze Wald zusammenbrechen. Das hätte weitreichende Folgen: Durch seine enorme Ausdehnung kontrolliert er bis weit in den Atlantik hinein die atmosphärische Zirkulation. Im nordhemisphärischen Winter und Frühling steigt über dem Amazonasbecken die feuchte Luft auf. Das führt zur großräumigen Konvergenz, die auch die Passatwinde vom Atlantik anzieht. Diese führen zusätzliche Feuchtigkeit von den Meeren heran, die die Flüsse speist. Als günstiger Nebeneffekt wird die Meeresoberfläche abgekühlt, da die Verdunstungswärme, die verdampfendes Wasser dem Meer entzieht, mit den Winden abtransportiert wird. Der Amazonas fungiert also zumindest während eines Teils des Jahres für die Nordatlantikregion als Thermostat. Schrumpft der Wald weiter, so könnte die Entwicklung schnell auf die schiefe Ebene geraten: Die Zirkulation schwächt sich ab, der Amazonas bekommt zu wenig Feuchtigkeit. Dadurch trocknet er aus, was die Zirkulation weiter abschwächt. Am Ende bliebe nur noch eine trockene Buschlandschaft.

Nicht ganz so pessimistisch betrachtet dagegen Yadvin der Malhis Team die Chancen des Amazonasregenwaldes. Die Gruppe um den Forscher von der *University of Oxford* verglich die Simulationen von 19 Klimamodellen mit konkreten Daten aus dem 20. Jahrhundert und entwarnt vorsichtig: Die meisten Berechnungen unterschätzten die tatsächlichen Niederschläge in der Region, weil sie die geografi-

schen Gegebenheiten des Beckens und ihre Wirkung auf die Wetterbedingungen zu schlecht auflösen. Selbst die östlichen Bereiche Amazoniens, die von Natur aus trockener sind als die westlichen, erhielten demnach auch zukünftig noch genügend Wasser, um geschlossene Wälder zu erlauben. Die Gefahr, dass sie sich in offene Savannen auflösen, ist nach Malhis Meinung eher gering.

Fernwirkungen

Laut der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) hat "La Niña" Ende 2010 die heftigste Ausprägung seit den 70er Jahren. Die Nationale ozeanische und atmosphärische Beobachtungsstelle der USA (NOAA) bestätigte Mitte 2009 das Aufkommen von „El Niño“. Für die Intensivierung und Häufung sowohl von "El Niño" als auch von „La Niña" machen verschiedene Studien den Klimawandel verantwortlich.



Je dunkler eine Fläche gefärbt ist, desto dichter wächst dort die Vegetation. Hellere Flächen zeigen Spuren der Entwaldung an. Vor allem in diesen Regionen herrscht nun häufiger Dürre.

Das brasilianische Modell

Entwicklung ist Umverteilung plus Großprojekte

VON THOMAS FATHEUER FÜR LE MONDE DIPLOMATIQUE, WWW.MONDE-DIPLOMATIQUE.DE/, MÄRZ 2011, BERLIN, GEKÜRZT.

Brasilien scheint endlich da angelangt zu sein, wo es seit Langem sein wollte: im Kreis der Großmächte. Die neue weltpolitische Rolle der Schwellenländer, der emerging economies, Brics oder wie immer die Kategorisierungsversuche lauten mögen, ist in aller Munde. Natürlich stehen Indien und China in der ersten Reihe, aber gleich danach drängt Brasilien in den Vordergrund.

Die Bilanz der acht Jahre Präsidentschaft von Inácio Lula da Silva, dem ehemaligen Gewerkschaftsführer, in denen Brasilien den entscheidenden Sprung nach vorn machte: Stetiges Wirtschaftswachstum, ein schnelles Überwinden der Finanzkrise und aktive Sozialpolitik brachten dem Land nicht nur international Anerkennung, sondern dem Präsidenten im achten Jahr seiner Amtszeit Zustimmungswerte von über 80%. So konnte der charismatische Lula die eher technokratische Dilma Rousseff als Nachfolgerin inthronisieren.

Aber Brasilien sorgt nicht nur für positive Schlagzeilen. Vor allem Umweltprobleme werden – neben der Gewalt in den Städten – auch international als Schattenseiten der neuen Weltmacht wahrgenommen. Und viele der Umweltsünden sind das Ergebnis der bedingungslosen Hingabe der Regierung an das Wirtschaftswachstum. Zum Markenzeichen der Regierung da Silva und seiner Nachfolgerin Rousseff wurde in den letzten Jahren das "Programm zu Beschleunigung des Wachstums" (PAC), das auf den massiven Ausbau der Infrastruktur und auf Investitionen in Großprojekte setzt.

Ein geradezu paradigmatisches Großvorhaben ist der Bau eines riesigen Wasserkraftwerks im Bundesstaat Pará im Norden Brasiliens, mitten im Amazonasgebiet. Das Megaprojekt am Rio Xingú beeindruckt durch gewaltige Zahlen: Für die insgesamt drei Staudämme soll mehr Erde bewegt werden als beim Bau des Panamakanals, und mindestens 20.000 Menschen sollen bei dem Bau beschäftigt und etwa ebenso viele umgesiedelt werden. Das ist für die dünn besiedelte Amazonasregion eine hohe Zahl. Die Auswirkungen auf das Ökosystem des Xingú und auf die regionale Sozialstruktur sind kaum zu bemessen. Zwar werden nach der aktuellen Planung keine indigenen Gebiete mehr überschwemmt, aber im Oberlauf des Flusses wird weniger Wasser fließen, wodurch unter anderem die Fischbestände schwinden und die Wälder vertrocknen würden.

Wachstum über alles

Die brasilianische Regierung ist mit ihrem Projekt nach über zwanzig Jahren Verhandlungen, Studien und Umformulierungen fast am Ziel. Es ist wahr - laut aktueller Planung wird eine wesentlich geringere Fläche (516 Km²) als ursprünglich vorgesehen überschwemmt, ein Kompromiss zwischen Umwelt und Entwicklung, heißt es vonseiten der Regierung. Die UmweltschützerInnen kann das kaum beeindrucken. Sie weisen darauf hin, dass die von der Regierung wiederholt angegebene Kapazität von 11.000 Megawatt nur während eines Teils des Jahres erreicht werden kann. In der Trockenzeit, wenn die Flüsse wenig Wasser führen, sinkt die Leistung auf 4.000 Megawatt. Daher, so die Kritiker, ist zu befürchten, dass in Zukunft weitere Staudämme am Oberlauf des Xingú gebaut werden müssen, um die Auslastung der Kapazitäten von Belo Monte zu garantieren.

Maurício Tolmasquin, den Chef der



staatlichen Energieagentur EPE, kann die Kritik von UmweltschützerInnen nicht erschüttern: "Heute sind Wasserkraftwerke nicht nur Erzeuger von Megawatts, sondern auch Vektoren der nachhaltigen Entwicklung des Landes." Mit Belo Monte habe die Region das große Los gezogen.

Große Lose sollen aber noch andere Regionen ziehen. Weitere Staudämme sind in Planung. Das nächste Großprojekt hat bereits Namen und Adresse: São Luis do Tapajos soll ebenfalls mitten im Amazonasgebiet entstehen und 6.133 Megawatt produzieren. Insgesamt sollen in der Amazonasregion etwa 45.000 Megawatt durch Wasserkraftwerke erzeugt werden, das entspricht der Leistung von über dreißig Atomkraftwerken.

Wofür nur so viel Energie? Sicher nicht für die Menschen in dem dünn besiedelten Gebiet. "Wir brauchen Energie, um zu wachsen" – das ist das Mantra der Regierung. Und dieses Wachstum soll auch in der Amazonasregion stattfinden. Sie hat nicht nur das Potenzial für Wasserkraft, sondern verfügt auch über unermessliche Bodenschätze.

Der neue Rohstoffboom auf dem Weltmarkt weckt auch in Amazonien große Erwartungen. Das Aluminiumerz Bauxit kommt hier reichlich vor. Schon jetzt ist die energieintensive Aluminiumindustrie der größte Stromverbraucher in der Region. Rohstoffabbau – neben Bauxit auch Eisenerz – ist die Basis eines neuen Entwicklungszyklus in Amazonien. Und die Industrialisierung der Region soll durch weitere Großinvestitionen wie den Bau eines Stahlwerks in Marabá vorangetrieben werden.

Dem Wachstum gilt seit ein paar Jahren die Priorität der brasilianischen Wirtschaftspolitik, auch in Amazonien. Dem müssen sich Umweltbelange unterordnen. Das musste auch die angesehene Umweltpolitikerin Marina Silva erfahren, die ab 2003 als Umweltministerin in der

Regierung Lula saß – und im Mai 2009 schließlich frustriert zurücktrat.

Auf der internationalen Bühne präsentiert sich Brasilien dennoch weiterhin als ökologisches Musterland. Etwa 80% der elektrischen Energie stammen aus erneuerbaren Quellen (ca. 75% aus Wasserkraft, der Rest aus Biomasse). Das entspricht ungefähr 45% des Gesamtenergieverbrauchs und ist einsame Spitze unter den Industrienationen, der Weltdurchschnitt liegt bei 13%. Es ist der hohe Anteil von Wasserkraft und der verstärkte Einsatz von Ethanol (auf Zuckerrohrbasis) als Treibstoff, der Brasilien diese Ergebnisse beschert.

Insbesondere mit Blick auf die CO₂-Emissionen aus der Energieerzeugung steht Brasilien also tatsächlich sehr gut da. Das Land sieht sich daher schon längst dort, wo viele hinwollen: in einer CO₂-armen "Green Economy".

So manövriert es sich in eine paradoxe Situation: Die Zukunft der Wasserkraft liegt in Amazonien, in den anderen Landesteilen ist das Potenzial der Flüsse weitgehend ausgeschöpft. Und dort gerät der Ausbau erneuerbarer Energien zunehmend in ein sozioökologisches Konfliktfeld: Großstaudämme in Amazonien sind ein sehr hoher ökologischer Preis für erneuerbare Energien. Auch der Ausbau der Agrartreibstoffe stößt auf Kritik. Ökosysteme und landwirtschaftliche Nutzflächen für den Anbau von Zuckerrohrmonokulturen zu opfern, ist angesichts weltweit knapper werdender Ackerflächen eine zumindest problematische Option.

Aber nicht nur Staudämme finden sich auf der Liste der angekündigten Großinvestitionen. Im wasserarmen Nordosten Brasiliens sollen drei neue Atomkraftwerke entstehen. Zudem will das Land in Kooperation mit Frankreich sechs atomgetriebene U-Boote bauen, Stückpreis etwa 550 Millionen Euro. Die Ver-



teidigung der Ölvorräte in der Tiefsee und die neue internationale Rolle Brasiliens machen dies erforderlich, wie Marinekommandeur Admiral Júlio Moura Neto verkündete: "Diese Faktoren unterstreichen die Notwendigkeit einer Abschreckungsstrategie." Gleichzeitig entwickelt Brasilien die Technologie der Urananreicherung weiter und will in absehbarer Zeit zum Exporteur von angereichertem Uran werden.

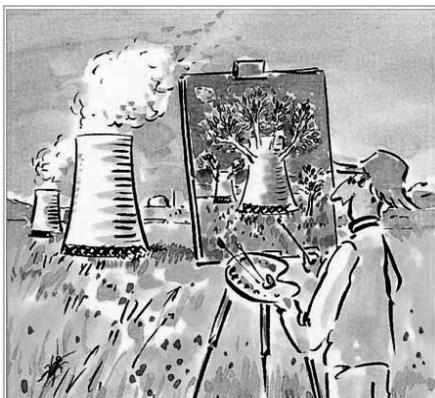
Derartige Großinvestitionen stehen natürlich in einem geopolitischen Kontext: Zur Grundausstattung einer aufstrebenden Weltmacht gehört anscheinend die Beherrschung des atomaren Kreislaufs. Und obwohl Wasserkraftwerke keine geopolitische Dimension besitzen, haben ein Großstaudamm und ein Atomkraftwerk eines gemeinsam: Beide gehören weltweit zu den teuersten Investitionen überhaupt und gelten als schwer finanzierbar. Deshalb hängen beide in der Regel von staatlichen Hilfen und Finanzierungsgarantien ab. Daran fehlt es in Brasilien nicht. Die staatliche Entwicklungsbank BNDES hat sich längst zu einem Global Player entwickelt. 2010 hat sie Finanzierungen in Höhe von 168 Milliarden Reais (etwa 73 Milliarden Euro) bewilligt, eine Steigerung um 23% gegenüber 2009. Damit ist die BNDES nach eigenen Angaben die größte Entwicklungsbank der Welt.

Der Aufstieg der BNDES ist untrennbar mit der Regierungszeit Lula da Silvas verbunden. Eine aktive, entwicklungsorientierte Rolle des Staates ist das Markenzeichen des "Systems Lula". Zusammen mit einer Sozialpolitik, die die Lebenssituation der ärmsten Bevölkerungsgruppen spürbar verbesserte, bildet sie die Basis des Erfolgs seiner Regierung. Großprojekte sind also ein zentraler Bestandteil des Systems, sie sind Ausdruck einer Logik, die durchaus in linker Tradition steht. Lenins Definition "Kommunismus ist Sowjetmacht plus

Elektrifizierung" könnte heute für Brasilien heißen: "Entwicklung ist Umverteilung plus Großprojekte."

Der Erfolg scheint Lula recht zu geben. Die Wirtschaft ist rasant gewachsen und wächst weiter, die Finanzkrise wurde schnell überwunden, die Programme zur Bekämpfung der Armut und ein stetiger Anstieg des Mindestlohns haben Brasilien sozial annähernd befriedet. Die Gewerkschaften sind Teil des "Systems Lula" geworden. Brasilien ist heute ein Land fast ohne Streiks und soziale Proteste. Deshalb prallt die Kritik der Umweltschützer auch von der Regierung ab. "Wir haben doch mit unserer Umweltpolitik zwei Wahlen gewonnen, warum sollen wir etwas daran ändern", erklärte Lula 2008.

Dennoch – ökologische Konflikte haben in Brasilien inzwischen größte Sprengkraft. Deutliches Anzeichen dafür sind die fast 20% Stimmen, die Exumweltministerin Marina Silva als Kandidatin der schwachen Grünen Partei bei den Präsidentschaftswahlen 2010 erreichte. Die Frage der Großprojekte und des Entwicklungsmodells für Amazonien ist damit nicht mehr allein das Anliegen von UmweltschützerInnen und indigenen Völkern. Sie ist ins Zentrum der nationalen Debatten gerückt.



Quelle: acertodecontas.blog.br



Dollars, Hoffnungen und Kontroversen - REDD in Amazonien.

Ein kleiner Führer durch eine komplexe Debatte.

VON THOMAS FATHEUER FÜR DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, WWW.BOELL.DE/WELTWEIT/LATEINAMERIKA/, 8. NOVEMBER 2010, GEKÜRZT.

War die Abkürzung REDD (*Reducing Emissions from Deforestation and Degradation*) bisher nur Insidern der Klimaverhandlungen geläufig, ist sie nun in atemberaubender Schnelligkeit in den Wortschatz von NGOs, indigenen Organisationen und Basisgruppen in Amazonien gelangt. Aber in kurzer Zeit ist REDD auch zu einem Reizwort geworden. Während für die einen REDD ein großer Hoffnungsträger für Wald- und Klimaschutz ist, sehen andere die Gefahren einer Merkantilisierung von Natur und Lebensräumen. Warum provoziert REDD so unterschiedliche Erwartungen?

REDD – von einer einleuchtenden Idee zum Streitgegenstand

Entwaldung verursacht Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) – nach Schätzungen stammen etwa 15-20% der globalen CO₂-Emissionen aus Entwaldungen. Seit dem Stern Report (2006) hat diese eigentlich alte Erkenntnis eine neue Konjunktur erfahren. Die Reduzierung von Entwaldung galt von nun an als ein Königsweg in der globalen Klimapolitik: Sie ist preiswert, relativ schnell umzusetzen und gerät nicht in Interessenskonflikt mit den Wachstumsambitionen der aufstrebenden Industriegroßmächte Indien und China. Auf der Klimakonferenz in Bali 2007 wurde die Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung ein wichtiger Bestandteil der offiziellen Klimaverhandlungen. Die Abkürzung REDD war

geboren, und es begann ihre rasche Karriere. Die Bali-Roadmap fasst unter REDD+ bereits die Reduzierung von Entwaldung, den Erhalt von Wäldern, das nachhaltige Waldmanagement und die Erhöhung von Kohlenstoffbeständen in Wäldern zusammen.

Was jedoch unter REDD gefasst werden soll und kann, ist bis heute unklar und umstritten. Die weltweiten Debatten um REDD spiegeln sich besonders in Südamerika wider. Die Amazonasregion, und hier insbesondere Brasilien, sind das größte Regenwaldgebiet der Erde.

Große Erwartungen

REDD hat große Erwartungen geweckt, nicht zuletzt bei indigenen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Brasilien. Für die Befürworter ist REDD eine einmalige Chance, eine ökonomische Basis für den Waldschutz zu schaffen. Er könnte mehr einbringen als die Umwandlung des Waldes in Anbauflächen für Soja oder Viehweiden.

Milliardenbeträge pro Jahr für den Waldschutz würden tatsächlich die ökonomischen und sozialen Realitäten in Amazonien radikal verändern. Es ist auch verständlich, dass solche Zahlen riesige Erwartungen bei den sozialen Bewegungen in Amazonien wecken. Organisationen der indigenen Völker des Amazonasbeckens (COIAB), der Kautschukzapfer (CNS), das Netzwerk von Basisgruppen in Amazonien (GTA) und brasilianische NGOs schlossen sich einer Pro-REDD-Mobilisierung an. Wichtiger Akteur wurde das *Forum da Amazônia Sustentável*, das neben den Organisationen der Zivilgesellschaft auch für Amazonien zentrale Unternehmen umfasst, wie das Bergbauunternehmen Vale oder den Aluminiumkonzern Alcoa. Diese Akteure haben sich ausdrücklich für REDD mit Marktmechanismen ausgesprochen – und damit eine erbitterte Diskussion ausgelöst.

Inzwischen haben sich aber die Erklärungen gegen REDD mit Marktmechanismen gehäuft. In Brasilien wurde 2009 ein offener Brief, die sogenannte *Carta de Belém* veröffentlicht, in der sich die UnterzeichnerInnen explizit gegen die Merkantilisierung und Kommodifizierung des Waldes wenden. Die Indigenen Organisationen Südamerikas haben zahlreiche Erklärungen sowohl für wie gegen REDD unterzeichnet. Die Fronten dieser zwei Positionen, pro und contra, verhärteten sich allerdings zunehmend.

Warum auf den Markt hoffen?

Die starke Unterstützung für REDD mit Marktmechanismen hängt offensichtlich mit den finanziellen Erwartungen, die geweckt worden sind, zusammen. Nur der Markt, so das Credo der Befürworter, könne genug Finanzmittel aufbringen, um die notwendigen Milliardenbeträge für einen wirksamen Waldschutz zu sichern – und hat in Brasilien die Diskussion entscheidend beeinflusst.

Eine breite Front, die von den GouverneurInnen der amazonischen Bundesstaaten über NGOs bis zu indigenen Gruppen reicht, hat sich im Vorfeld der Konferenz von Kopenhagen dafür eingesetzt, dass sich die brasilianische Regierung – entgegen ihrer bisherigen Position – für ein REDD-Regime mit Marktmechanismen einsetzt.

Marktskepsis

Auf der anderen Seite stehen die KritikerInnen. Signifikante Summen werden Marktmechanismen ja nur aufbringen können, wenn sie an eine Kompensation („offset“) gebunden sind. Sprich: VerschmutzerInnen aus dem Norden würden ihre Reduktionsziele durch den Kauf von CO₂-Zertifikaten aus reduzierter Entwaldung erreichen – nur um dergestalt ihre Verschmutzung im Norden fortzuführen. Ein solch ausgestalteter Mechanismus des Handels mit CO₂-

Zertifikaten existiert zurzeit allerdings nicht, der europäische Emissionshandel erlaubt derzeit nicht den Einsatz von Waldzertifikaten.

Die klimapolitische Brisanz von REDD ist offensichtlich: die unterlassene Reduzierung von CO₂ im Norden wird mit Walderhaltung aufgerechnet. Der notwendige Umbau der Ökonomie des Nordens kommt damit nicht voran. REDD wird ein Mechanismus, um Zeit zu gewinnen. Das könnte aber gerade im augenblicklichen Zustand der Klimaverhandlungen das einzig realistische kurzfristige Ergebnis der nächsten Runden sein.

Für die KritikerInnen von REDD mit Marktmechanismen bedeutet dies nicht nur, einen fragwürdigen Ablasshandel zu ermöglichen, sondern auch einen Schritt zur Merkantilisierung der Natur. Als Marktinstrument würde REDD dazu tendieren, soziale AkteurInnen in Amazonien zu AnbieterInnen von Dienstleistungen zu transformieren. Ganz egal, wie man zu REDD mit Marktmechanismen steht – die Konsequenzen einer derartigen Transformation sind zum jetzigen Zeitpunkt kaum zu übersehen: Neue Ungleichheiten werden das soziale Gefüge radikal verändern. Nicht alle sozialen Gruppen verfügen über Wald (=CO₂), wie etwa traditionelle FischerInnen. Auch lassen sich die Ökosysteme Amazoniens nicht auf Wald reduzieren.

Indigene Völker und traditionelle WaldnutzerInnen müssen sich dann aber als AnbieterInnen einer handelbaren Dienstleistung auch gegen andere AnbieterInnen behaupten. Dies wird nicht ohne Abhängigkeiten von BeraterInnen zu machen sein.

REDD – Zweifel und ungelöste Fragen

Aber auch jenseits des Grundsatzstreites um REDD mit Marktmechanismen



gibt es eine Reihe ungelöster Fragen. Viele internationale NGOs, die den Einsatz von Marktinstrumenten nicht prinzipiell ablehnen, sehen Probleme und Risiken im Verhandlungsprozess. Ein Stein des Anstoßes bleibt die viel zu weite und ungenaue Definition von Wald. Bisher gilt in den Klimaverhandlungen die sogenannte Marrakesch-Definition, die auch Plantagen miteinschließt.

Befürchtungen, dass REDD zur Umwandlung von (degradierten) Wäldern zu Plantagen oder zumindest zur Förderung von Baumplantagen missbraucht werden könnte, werden somit verstärkt. Dies gilt insbesondere für Ölpalmen. Diese Befürchtung eint REDD-BefürworterInnen, die sich um das „Wie“ Gedanken machen, mit den grundsätzlichen KritikerInnen.

In Brasilien hat die Regierung den *Fundo Amazônia* eingerichtet, der erste REDD-Projekte unterstützt und vorwiegend von der norwegischen Regierung finanziert wird. In seinem Regelwerk zieht er keine klaren Grenzen zwischen Naturwäldern und Plantagen, er ermöglicht folgende Finanzierungslinien:

- die Förderung von Waldsystemen („*sistemas florestais*“)
- die Entwicklung und Einrichtung von Modellen zur Wiederherstellung von Schutzzonen mit Schwerpunkt auf der ökonomischen Nutzung

Hier wird vieles von der Gestaltung von REDD-Projekten in der nächsten Zeit abhängen. Der Druck, auch Aufforstung unter bestimmten Bedingungen in einen REDD-Mechanismus zu integrieren, ist groß und wird durch einflussreiche Lobbygruppen gestärkt.

Prämie für EntwalderInnen?

Ein zweites nicht gelöstes Grundproblem von REDD ist die Frage, wie die Re-

duzierung von Entwaldung mit Walderhalt in Einklang zu bringen ist. Wenn sich REDD, wie ursprünglich gedacht, insbesondere auf die Reduzierung von Entwaldung konzentriert, würden die bisherigen WaldzerstörerInnen die großen NutznießerInnen von REDD werden, während etwa indigene Völker, die ihren Wald erhalten haben, weitgehend leer ausgingen. Dass ein derartig gestaltetes REDD schwerste Legitimationsprobleme heraufbeschwören würde, ist inzwischen auch den REDD-BefürworterInnen aufgegangen.

Praktisch alle am REDD-Prozess beteiligten AkteurInnen der Zivilgesellschaft, aber auch Weltbank, UN und viele Regierungen betonen, dass REDD die Rechte indigener Völker und traditionelle WaldnutzerInnen respektieren und eventuell stärken muss.

Der „*free, prior and informed consent*“ (FPIC) soll Grundlage der Einbeziehung von Indigenen sein. Aber REDD entstammt nicht dem Arsenal von Forderungen indigener Völker. In Amazonien können wir zurzeit einen Wettkampf um Zustimmung oder Ablehnung von REDD beobachten, bei dem Indigene und traditionelle NutzerInnen eher Objekte als Subjekte sind. In kurzer Zeit hat eine erstaunliche Vielzahl von finanzierten Pro-REDD-Aktivitäten im Amazonasgebiet um sich gegriffen. Alle diese Aktivitäten waren und sind darauf aus, Zustimmung zu REDD zu erzielen – „*Readiness for REDD*“ heißt daher auch die aktuelle Phase. Diese Prozesse sind nicht ergebnisoffen, sondern eher Propagandaveranstaltungen, die „*stakeholders*“ ködern sollen.

Ohne gesicherte Rechte indigener Völker und traditioneller NutzerInnen ist REDD ein risikoreiches Unterfangen. In Brasilien sind zwar die Rechte indigener Völker in Amazonien weitgehend abgesichert, aber in weiten Teilen des Ama-



zonasgebiets sind die Besitztitel unklar oder umstritten. Erste Stellungnahmen zu REDD betonen daher die Notwendigkeit, die Frage des Landbesitzes in Amazonien zu klären. Dies allerdings ist ein langwieriger Prozess. Das Tempo, mit dem nun an der „Readiness for REDD“ gearbeitet wird, korrespondiert nicht mit den komplexen Prozessen und Entscheidungen, die ein neues Klima-Wald-Regime mit sich bringt.

Wie weiter?

Die im Mai 2010 ins Leben gerufene REDD-Partnerschaft soll die verschiedenen Programme unter einem Dach vereinen, insbesondere die *Forest Carbon Partnership Facility* (FCPF) der Weltbank und das UN-REDD-Programm. Bisher hakt aber auch dieser Prozess, und die zugesagten Mittel für „*Readiness for REDD*“ fließen nur zögerlich. Fast alle Beteiligten stellen sich inzwischen darauf ein, dass der Prozess zu einem umfassenden, globalen REDD-Programm langwierig ist. Dies steht im tendenziellen Widerspruch zur Erwartung, REDD könne ein schnell zu etablierendes Instrument der Klimapolitik werden. Schnell ins Leben gerufen wurde jedenfalls ein unübersichtlicher Prozess von Pilotprojekten, Seminaren und Konsultationen, der einen eigenen REDD-Kosmos in Amazonien schafft.

Inzwischen hat sich weitgehend die Überzeugung durchgesetzt, dass REDD in drei Phasen implementiert werden soll: Die „Readiness for REDD“ soll in eine zweite Phase fondsfinanzierter REDD-Programme auf nationale Ebenen überleiten. Erst in der dritten Phase soll ein Emissionsmarkt mit Kompensationen („*offsets*“) einbezogen werden.

Mindestanforderungen an ein konsensfähiges REDD

Die Grundidee, einen finanziellen Ausgleich für Walderhalt in einem Finan-

zierungsmechanismus zu verankern, ist sicherlich interessant und für Länder und Völker Amazoniens attraktiv. Damit REDD aber nicht zu einer Fragmentierung sozialer Gruppen und neuen ökonomischen Ungleichheiten führt, sollten folgende Grundanforderungen erfüllt werden:

- REDD muss als „*public policy*“ auf nationaler Ebene konzipiert sein.
- Beschränkung auf Reduzierung von Entwaldung und Walderhalt ist fundamental.
- REDD darf keine Hintertüren zur Förderung von Baumplantagen offenlassen.
- Die Wahrung der Rechte indigener Völker und traditioneller Nutzer muss auf allen Ebenen (national bis lokal) garantiert sein. Der Dialogprozess für einen FPIC muss transparent und ergebnisoffen sein.

Wenn ein marktorientiertes REDD, das auf „*offsets*“ basiert, klimapolitisch zumindest fragwürdig ist, die indigenen Völker Amazoniens spaltet und großen Widerstand hervorruft, dann ist es an der Zeit, dass die wichtigen *REDD-Player* dies als objektiven Faktor begreifen und ernst nehmen.

Eins jedenfalls steht fest: REDD wird in den nächsten Jahren ein Feld von Kontroversen bleiben. Die von vielen Akteuren verbreitete Aussicht auf Milliardenbeträge für indigene Völker durch Marktmechanismen ist im Augenblick nichts weiter als Wunschdenken. Bis zur Einrichtung eines verbindlichen Emissionshandels mit „*offsets*“ für REDD ist ein langer, komplexer und heute völlig unsicherer Weg zurückzulegen.

Wer sich noch mehr mit dem Thema auseinandersetzen möchte, kann in der Ko-Bra-Broschüre „Waldhandel fürs Klima?“ weiterlesen.



Die Herausforderungen und Chancen der Megastädte

VON HENRIQUE CORTEZ DES PORTALS ECODEBATE, VERÖFFENTLICHT AM 22. MAI 2009. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON ELISABETH SUBASIC.

Paul Krugman, Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger von 2008, prognostizierte, dass die Zukunft des Wirtschaftsmodells von Entwicklung und Wachstum in den Megastädten liegen werde. Sie sind der Ort, wo die größten Umwälzungen des modernen Lebens stattfinden, weil in ihnen ein beispielloser Bedarf an öffentlichen Dienstleistungen, an Rohstoffen und Produkten, Wohnraum, Transport und Arbeit entstehe. Hierin liegt im Moment die große Herausforderung für Regierungen und Unternehmen; sie erfordert Veränderungen in Verwaltung und Regierung, zugleich setzt sie eine weitergehende Partizipation der Gesellschaft voraus und zwingt die Menschen dazu, die typischen Messlatten des Komforts städtischen Lebens zu überprüfen – von der übermäßigen Nutzung des Autos bis hin zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.

Die Herausforderung besteht darin, die Megastädte anhand von Modellen einer nachhaltigen Entwicklung neu zu „erfinden“. Zum Beispiel könnte das gesamte Gebiet des São Paulo umgebenden Industriegürtels in städtebaulicher

und wirtschaftlicher Hinsicht erneuert und somit eine kompaktere und nachhaltigere Metropole entstehen. Zentrale Gebiete wie die Gegenden zwischen den Distrikten Barra Funda und Brás, sowie zwischen Mooca und Ipiranga, wo die industrielle Produktion stillgelegt wurde und die verhältnismäßig dünn besiedelt, jedoch günstig gelegen sind und über ein optimales infrastrukturelles Netz verfügen, sind im Bebauungsplan der Stadt als Zielgebiete für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen gekennzeichnet. Dies ist eine seltene Gelegenheit für die Megastadt, sich neu zu erfinden und innerhalb der Metropole eine kompaktere Stadt zu erschaffen. Einen bestehenden Raum neu zu gestalten ist besser, als ihn zu ersetzen.

Megastädte

Jeder zweite Mensch auf dieser Erde lebt in einer Stadt. Rund 280 Millionen Menschen leben in Megastädten, d.h. städtischen Gebieten mit mehr als 10 Millionen EinwohnerInnen. In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Zahl der Megastädte vervielfacht, sodass sich heute 9% der städtischen Weltbevölkerung in ihnen konzentriert. Ihre Bedeutung für die nationale und globale Wirtschaft ist überproportional angestiegen.



Quelle: oesquema.com.br

In den kommenden zwei Jahrzehnten werden 80% der Stadtbevölkerung der Erde in Städten des Südens leben. Diese Entwicklung bringt die größten Herausforderungen mit sich. Das nigerianische Lagos hat seit 1950 ein Bevölkerungswachstum um 3.000% zu verzeichnen; inzwischen leben dort 10 Millionen Menschen. In Brasilien werden São Paulo und Rio de Janeiro mit 19,6 und 11,8 Millionen EinwohnerInnen zu den Megastädten gezählt. Die Herausforderungen eröffnen für die Megastädte auch neue Handlungsmöglichkeiten.

São Paulo

Im Jahre 1900 war São Paulo mit 240.000 EinwohnerInnen für brasilianische Verhältnisse eine „ländliche Kleinstadt“; 2008 war sie die fünftgrößte Megastadt der Welt: Innerhalb von 100 Jahren ist die Einwohnerzahl um 17.000% angestiegen, das Stadtgebiet hat sich um 40.000% vergrößert.

Nach einer aktuellen Erhebung der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers wird sich die Stadt im Ranking der reichsten Städte der Welt bis 2020 um 6 Plätze verbessern und somit auf Platz 13 in der Wohlstandskala aufrücken. Das Bruttosozialprodukt der Stadt São Paulo, das 2005 auf 263,2 Milliarden US\$ geschätzt wurde, wird 2020 voraussichtlich dasjenige von Städten wie Miami, Hongkong, Dallas und San Francisco übertreffen. Nach der von Luci Oliveira und Ben Page durchgeführten Studie „*Urban Age São Paulo*“ [welche die Lebensqualität in der Metropole untersuchte, Anm. d. Red.] haben 63% der internationalen in Brasilien ansässigen Unternehmen ihren Sitz in der Stadt, ebenso wie 38 der 100 größten brasilianischen Unternehmen.

Aber wo liegen die Grenzen der Möglichkeiten São Paulos als Megastadt? Damit São Paulo seine Wettbewerbsfähigkeit im globalen Rahmen ent-

wickeln kann, muss es sich mit enormen Herausforderungen auseinandersetzen. Sich neu zu erfinden bedeutet, die allgemeine Lebensqualität zu verbessern, die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zu verringern, das Verkehrsvolumen und die Menge an Treibstoff von schlechter Qualität zu senken, die Anzahl der Grünflächen zu erhöhen und die Luftqualität sowie grundlegende öffentliche Dienstleistungen, vor allem im Gesundheitswesen, zu verbessern.

Dichte und Nachhaltigkeit

Nachhaltige Städte sind notwendigerweise kompakt und dicht strukturiert. Eine größere Dichte der Stadtstruktur steht für einen geringeren Pro-Kopf-Energieverbrauch. Im Gegensatz zum Modell der „Amerikanischen Schönheit“ von Vororten, welche sich mit der geringst möglichen Dichte in der Fläche ausbreiten, sind die Städte Europas und Asiens dichter strukturiert. Gerade deswegen dienen sie heute als Modelle im internationalen Wettbewerb zwischen den „Global Green Cities“.

Im Vergleich zu New York oder Bogotá ist die Dichte São Paulos gering. Die Megastadt nutzt das im Zentrum vorhandene infrastrukturelle Netz sehr wenig aus, füllt planlos seine Peripherien und schafft darüber hinaus immense Mobilitäts- und Zugangsprobleme. Aktuelle Daten zeigen, dass nur 37% der Bevölkerung öffentliche Verkehrsmittel nutzen, gegenüber 57,2% in Bogotá.

Herausforderungen und Chancen

Die städtische Erneuerung erfordert gigantische Investitionen – und bietet enorme Geschäftsmöglichkeiten für den Privatsektor. Es ist nicht nur notwendig, neue Viertel zu bauen, neue Parks zu eröffnen oder das Metro-System auszuweiten. Die städtische „Rundumerneuerung“ schließt den Umbau veralteter Einrichtungen mit ein – so wie bspw.



in London die Erneuerung der alten Kanalisation, durch deren Lecks Millionen Liter Wasser verloren gehen.

Das Kapital städtischer Bereiche und das neue strategische Potenzial der Megastädte sind die Themen, die in einer neuen und interessanten Arbeit von Siemens behandelt werden. Das Projekt fasst die wichtigsten Ergebnisse einer globalen Studie zusammen, die sich mit Megastädten befasst, Daten sammelt und Perspektiven von 500 NutzerInnen von 25 dieser Megastädte auswertet. Innerhalb dieses komplexen Rahmens zeichnet die Studie ein faszinierendes und aufschlussreiches Bild über die Rangfolge der Lösungen zur Förderung der lokalen Wirtschaft, der Umwelt und der Lebensqualität in den Megastädten.

Sechs große Problemfelder ergeben sich aus der Studie:

1. Verwaltungen und Regierungen der Städte müssen sich der Aufgabe stellen, ganzheitliche Lösungen in den großen Ballungsgebieten zu entwickeln.
2. Die Verwaltung der Städte muss ein Gleichgewicht zwischen drei sich überschneidenden Belangen herstellen: der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, der Umwelt und der Lebensqualität der EinwohnerInnen.
3. Im wirtschaftlichen Bereich ist die Arbeitslosigkeit die größte wirtschaftliche Herausforderung.
4. Luftverschmutzung und Verkehrsstaus sind die Hauptprobleme im Umweltbereich.
5. InvestorInnen und NutzerInnen sehen das Beförderungswesen als Hauptaufgabe der Infrastruktur und als erste Priorität für Investitionen.
6. Der Privatsektor muss bei der Effizienzsteigerung der Megastädte eine Rolle spielen.

„Neuerfindung“

Mindestens zwei Themen sind für alle Megastädte weltweit relevant: Klimaveränderungen und soziale Ungleichheit. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in den Städten und jeder Dritte lebt in einem Elendsviertel. Diese Viertel befinden sich mehrheitlich in peripheren Gebieten, die unter Naturschutz stehen und nicht bebaut werden dürften. Dies bedeutet, dass die Neuerfindung der Stadt auf einem sowohl in sozialer als auch ökologischer Hinsicht nachhaltigerem Modell basieren muss.

In Curitiba kam eine beneidenswerte Praxis städteplanerischer Effizienz zur Anwendung, bei der Korridore für das Busliniensystem entlang dichter Wohngebiete eingerichtet wurden. Paris erinnert sich heute an Fahrräder und Fahrradwege. In London greift man auf eine städtische Maut zurück, die den zuvor unerträglichen Verkehr in der Stadt abmilderte. In Bogotá wurden 300 Km linearer Fahrradwege gebaut, Elendsviertel neu gestaltet und ein riesiges Netz städtischer Parks geschaffen.

Nach einigen Monaten der Beeinträchtigung durch die große globale Wirtschafts- und Finanzkrise besteht seltene Einigkeit über die Notwendigkeit umfangreicher öffentlicher Investitionen und einer stärkeren öffentlichen Verwaltung. Die Megastädte scheinen ein natürlicher Brennpunkt für den Einsatz dieser Mittel zu sein.

Die Möglichkeit besteht: São Paulo kann seine ungenutzten Gebiete verwenden, um eine interessantere Stadt zu schaffen. Menschlicher. Demokratischer. Lebendiger. Nachhaltiger.



Kein Umweltschutz ohne Armutsbekämpfung

VON CHRISTINE EBERLEIN FÜR DIE ERKLÄRUNG VON BERN, WWW.EVB.CH, SEPTEMBER 2009.

Die Förderung von Treibstoffen verursacht gigantische soziale und ökologische Schäden in den Ländern des Südens. Bei der Umsetzung eines *Green New Deal* (GND) muss es deshalb darum gehen, wirtschaftliche Entwicklung, die Nutzung fossiler Ressourcen und die Anstrengungen im Klimaschutz mit der Armutsbekämpfung und dem Recht der lokalen Bevölkerung auf Selbstbestimmung abzustimmen.

Klimaschutz, Wirtschaftsentwicklung, Selbstbestimmung und Armutsbekämpfung unter einen Hut zu bringen, ist in der Praxis schwierig, wie folgende Beispiele veranschaulichen. Zwischen April und Juni 2009 kam es in Peru zu Unruhen, als die indigene Bevölkerung gegen die Erschließung ihres Landes protestierte. Zuvor hatte der Präsident ausländische Konzerne zur Erschließung von Ölvorkommen eingeladen. Die Indigenen beschuldigten die Regierung, sie habe die lokale Bevölkerung nicht vorher in Gespräche einbezogen. Erst nachdem das Parlament zwei umstrittene Dekrete zur Ressourcennutzung aufgehoben hatte, entspannte sich die Situation.

Die Regierung von Madagaskar schützt die außergewöhnliche Artenvielfalt seiner Wälder bereits seit 2005 mit strengen Naturschutzgesetzen und einem restriktiven Nationalparkmodell. Der lokalen Bevölkerung ist der Zutritt zum Nationalpark verboten, und jegliche Nutzung wird mit harten Gefängnisstrafen geahndet. Doch die Betroffenen, die vorher vom und im Wald lebten, beklagen sich nun, dass sie ohne die Nutzung des Waldes verarmen und nicht mehr nach

ihrer traditionellen Lebensweise leben können.

Sei es Peru, Madagaskar oder ein anderes Land: Wenn man Wirtschaftsentwicklung, Klima und Ressourcenschutz und Armutsbekämpfung anstrebt, führt dies zu Zielkonflikten der verschiedenen Interessengruppen. Der GND-Vorschlag der UNO-Umweltorganisation fordert deshalb, die betroffenen Menschen in Entscheidungen einzubeziehen. Sie sollen klare und einklagbare Landrechte erhalten. Dies reicht aus Sicht der Erklärung von Bern [EvB; die Erklärung von Bern ist eine in der Schweiz ansässige unabhängige entwicklungspolitische Organisation, die sich für globale Gerechtigkeit einsetzt, Anm. d. Red.] alleine noch nicht. Die EvB schlägt vor, den sogenannten „Multi-Stakeholder-Ansatz“ verbindlich zu machen: Die VertreterInnen der verschiedenen Interessengruppen müssen frühzeitig miteinander in Kontakt treten und sich vorab über ihre Ziele, Anliegen und Strategien einigen. Dies schließt den Grundsatz der freien, rechtzeitigen und informierten Zustimmung („*free prior informed consent*“) der betroffenen Bevölkerung ein.

Bei aller Sorge um das Klima und die Umwelt: Für die EvB hat die Armutsbekämpfung im Süden weiterhin Priorität. Denn Armut verursacht einen Großteil der Umweltprobleme und ist Folge ungleicher Strukturen. Ein GND muss deshalb dazu beitragen, ungerechte Strukturen zu beseitigen und die Umweltpolitik mit der Sozial- und Entwicklungspolitik zu verknüpfen. Der politische Dialog und die verbindliche Umsetzung von „Multi-Stakeholder-Initiativen“ bedingen nicht nur ein Umdenken, sondern auch die Öffnung des politischen Handlungsspielraums zugunsten der Länder im Süden sowie den Aufbau von funktionsfähigen Institutionen. Nur so kann der Süden selbstbestimmt Armutsbekämpfung und Umweltschutz betreiben.



Regierung und Zivilgesellschaft führen Dialog über die Konferenz Rio+20

VON ANDREAS BEHN, 11. AUGUST 2011, NPL, WWW.NPLA.DE/POONAL/, LEICHT GEKÜRZT.

Die von der brasilianischen Regierung einberufene Nationale Kommission Rio+20 kam am 8. August zu ihrer zweiten Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt des Treffens in der Hauptstadt Brasília stand die Frage, wie möglichst viele Sektoren der Gesellschaft in die Debatten rund um die für Juni 2012 geplante UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung einbezogen werden können.

Es wurde vereinbart, dass die Regierung im September und Oktober dieses Jahres einen breiten Dialog mit Organisationen der Zivilgesellschaft führt, unter anderem mit VertreterInnen von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, UnternehmerInnen, Indígenas, Universitäten und NRO. Dieser transparente Prozess soll in die Formulierung von Vorschlägen münden, die Brasilien im November an das UN-Sekretariat weiterleiten wird. Aus der Summe dieser Vorschläge aller UN-Staaten wird die erste Version des Dokuments erarbeitet, dass die Regierungschefs während der Konferenz Rio+20 in kommenden Juni unterzeichnen sollen.

Netzwerke sozialer Bewegungen in nationaler Kommission vertreten

Weitere Themen des Treffens waren der von sozialen Bewegungen geplante Parallelgipfel, Aspekte der Logistik und Kommunikation der Mammutveranstaltung sowie die Frage, in welcher Form die Zivilgesellschaft in der Kommission repräsentiert sein wird.

Die Nationale Kommission Rio+20 wurde am 7. Juni per Dekret von Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff ins Leben gerufen. Sie wird vom Außenministerium geleitet, während die jeweiligen Ministerien für die drei zentralen Themenstränge Umwelt, Wirtschaft und soziale Entwicklung zuständig sind. Seitens der Zivilgesellschaft sind Netzwerke sozialer Bewegungen wie das Brasilianische Netzwerk zur Integration der Völker REBRIP (*Rede Brasileira Pela Integração dos Povos*) und Vereinigungen von Nichtregierungsorganisationen wie ABONG (*Associação Brasileira de Organizações não Governamentais*) vertreten.



Quelle: atarde.com.br

Die Zivilgesellschaft Brasiliens kündigt „Gipfeltreffen der Völker“ an

VON LIVIA DUARTE, FASE, JULI 2011, WWW.FASE.ORG. AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH ÜBERSETZT VON JÜRGEN STAHN.

Ende Juni 2011 kündigten VertreterInnen von 150 Organisationen, Institutionen und sozialen Bewegungen verschiedener Länder ein „Gipfeltreffen der Völker“ für das kommende Jahr an. Das Ereignis soll gleichzeitig mit der UN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung stattfinden, auch unter der Bezeichnung Rio+20 bekannt.

Fátima Mello vom Brasilianischen Netzwerk zur Integration der Völker (*Rede Brasileira de Integração para os Povos – Rebrip*) teilte mit, dass das vorrangige Ziel dieses Gipfeltreffens sei, die Regierungen zu verpflichten, der offiziellen Konferenz Gewicht zu verleihen: „Es wird kein Rio+40 geben. Unser Planet wird es bis dorthin nicht schaffen. Wir sind der ewigen Konferenzen von UNO-Organisationen und anderer multilateraler Institutionen müde, die mit viel zu wenig Befugnissen ausgestattet sind, um (wirksame) Maßnahmen umzusetzen. Sie sollen sich endlich auf konkrete und verbindliche Verpflichtungen einlassen, die über akute Krisensituationen unserer Erde hinausgehen. Wir möchten auch die öffentliche Meinung über ein anderes Wirtschaften, eine andere Gesellschaft, eine andere Entwicklung in Bewegung bringen“. Fátima Mello gehört dem Komitee an, das die Zivilgesellschaft für die Veranstaltungen im Rahmen von „Rio+20“ mobilisieren soll.

Die Leute, die in diesem Gremium mitarbeiten, sind der Überzeugung, dass zu den wichtigsten Themen auf dem „Gipfeltreffen der Völker“ die Einsicht gehö-

ren wird, dass es gemeinsame Güter der Menschheit gibt, die auf keinen Fall durch die gegenwärtig herrschende Vermarktung von Leben und Natur in Mitleidenschaft gezogen werden dürfen. „Wir müssen uns auf jeden Fall mit diesem Gedanken befassen: Wasser, Land, Wälder, Biodiversität und auch Dienstleistungen der Öffentlichen Hand wie Erziehung, Ausbildung und Gesundheit können nicht einfach Märkten überlassen werden, um mit ihnen Gewinne zu erzielen. Die Gesellschaft muss zu diesen Gütern und Leistungen als öffentlichem und universellem Eigentum Zugang haben. Dies ist die Grundbedingung für soziale und Umweltgerechtigkeit auf dieser Erde“, unterstreicht Fátima.

Richtungsweisend für das Gipfeltreffen sollen auch weltweite praktische Erfahrungen sein, die auf eine andere Weise des Wirtschaftens und des Aufbaus von Gesellschaften ausgerichtet sind. Da sind Beispiele aus den Bereichen des solidarischen Wirtschaftens, die viele kürzere und gerechtere Wege zwischen Produktion und Verbrauch aufzeigen, der ökologischen Landwirtschaft, die die Erzeugung von Nahrungsmitteln in kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben mit nachhaltigen Methoden, ohne chemische Düngemittel und Agrargifte zum Ziel hat.

Es ist Zeit, Widersprüche aufzuzeigen!

Zu einer Zeit, in der sich Rio de Janeiro auf die UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung vorbereitet, durchläuft die Stadt einen Prozess verschärfter Kommerzialisierung, verursacht unter anderem von den Vorbereitungen auf sportliche Riesenergebnisse, allen voran die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Spiele 2016. Die ganze Entwicklung wird durch das völlige Fehlen von Transparenz und Dialog mit der Bevölkerung gekennzeichnet. Zudem





Quelle: fase.org

werden permanent Menschenrechte verletzt, wie etwa das Recht auf menschenwürdigen Wohnraum. Auf dem Gipfeltreffen der Völker müssen die Widersprüche, welche die Metropole betreffen, artikuliert werden.

Hierin liegt auch keineswegs der einzige Widerspruch im Verhalten der brasilianischen Regierung, welche Gastgeberin der UN-Konferenz Rio+20 sein wird. Die schädlichen Auswirkungen, die von einer Neufassung des Waldschutzgesetzes für die Bevölkerung und die Umwelt ausgehen, werden ebenso wenig in Vergessenheit geraten wie die Einbringung eines Gesetzentwurfes zur Nutzung von Terminator-Saatgut. Dieses Saatgut ist nicht reproduzierbar und wird von seinen Vermarktern als Lösung für Probleme der Saatgutverunreinigung feilgeboten. Tatsächlich sind diese Produkte ein harter Schlag gegen die Biodiversität, die Erfahrungen und Rechte von Bauern und Landwirten, die seit tausenden von Jahren ihr eigenes Saatgut erzeugen. Gegen dieses Terminator-Saatgut besteht ein internationales Moratorium. Eine Veränderung der Haltung Brasiliens kann einen weltweiten Dominoeffekt auslösen.

Im Fall Brasiliens, Gastgeberland von Rio+20, versichert Fátima Mello, dass der Kampf gegen die Veränderungen im Waldschutzgesetz, welche vom Senat (Câmara) bereits abgesegnet wurden, ausschlaggebend für Organisation und Ablauf des „Gipfeltreffens der Völker“ sei. Marcelo Durão von der Bauernorganisation Via Campesina betonte, dass die Ratifizierung der Verän-

derungen im Waldschutzgesetz einem der größten Verluste an Biodiversität gleichkomme, den die Menschheit je erlebt habe. Gleichzeitig bedeute die Annahme der Änderungen einen gigantischen Sieg des Agrobusiness, welches weiter in das Amazonasgebiet vordringen und dort für die Ausbreitung von Viehhaltung und Monokulturen wie Sojapflanzungen sorgen werde. Seiner Auffassung nach müssen die Menschen auf die Straße gehen, um sich gegen diese Einflussnahmen zur Wehr zu setzen. So wie dies auch auf den Kundgebungen in Curitiba während der UN-Konferenz zur Biodiversität der Fall war, wo das Moratorium gegen das „Terminator-Saatgut“ beschlossen wurde.



Brasilien und die internationale NRO-Zusammenarbeit

VON MARA MANZONI UND LUCIANO ANDRÉ WOLFF, AUS: BRASIL, AMÉRICA LATINA E A COOPERAÇÃO INTERNACIONAL, LE MONDE DIPLOMATIQUE BRASIL, AUGUST 2011, GEKÜRZT. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIEISCH VON J. STAHN UND K. BREDENBECK.

Die sozialen Fortschritte in Brasilien und die Konsolidierung einiger Bereiche politischen Handelns zwischen Staat und Zivilgesellschaft sind nicht zu leugnen und weisen auf einen sozialen und politischen Reifungsprozess hin. Dennoch zeigt eine tiefer gehende Analyse der brasilianischen Wirklichkeit, dass grundsätzliche Probleme weiterhin bestehen: Die ausgeprägte soziale Ungleichheit ist und bleibt ein mit demokratischen Grundsätzen unvereinbarer Tatbestand. Die wichtigsten politischen Vorhaben führen zu einer aggressiven Ausbreitung eines Entwicklungsmodells, das verheerende Folgen für den sozialen Bereich, Umwelt und Menschenrechte zeitigt. Die mit dem Bau des Wasserkraftwerks Belo Monte verbundenen Probleme und die Diskussionen um die Novellierung der Waldschutzgesetzgebung (Código Florestal) sind hierfür drastische Beispiele.

In diesem sehr ambivalenten Umfeld haben Nichtregierungsorganisationen (NRO), Basisbewegungen und ökumenische Organisationen weiterhin eine sehr wichtige Aufgabe. Über ihren Einsatz tragen sie zur Stärkung sozialer Kräfte bei, die ihrerseits Druck auf den Staat, seine politischen Ziele und Institutionen und auf die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft ausüben. Gleichzeitig beobachten wir, dass eben diese NRO, sozialen Bewegungen und ökumenischen Organisationen in letzter Zeit über repressive Maßnahmen, Leugnung

ihrer Daseinsberechtigung bis hin zu ihrer Charakterisierung als „Entwicklungshemmnisse“, ja, ihrer Kriminalisierung, unter Druck gesetzt werden. Man fühlt sich in ferne, längst überwunden geglaubte Zeiten zurück versetzt. Diese überkommenen Verhaltensmuster unterlaufen die bisherigen Anstrengungen.

In dieses komplexe Gefüge bettet sich die aktuelle Diskussion über die nicht-staatliche Zusammenarbeit mit Brasilien. In der jüngeren Zeit war diese von folgenden Elementen geprägt:

a) Ein wichtiger Fortschritt im Brasilien der vergangenen Jahre hat damit zu tun, dass Teile der lokalen, bundesstaatlichen und nationalen Regierungen aus Bewegungen hervorgingen, die in den letzten Jahrzehnten maßgeblich die Demokratisierung in Brasilien vorantrieben und sich für die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt haben. Dies führte und führt in den sozialen Bewegungen, NRO und ökumenischen Organisationen zu einem sehr weit reichenden Reflektionsprozess über ihre Rolle gegenüber Staat und Regierungen. Es geht bspw. um das Dilemma, wie man mit Regierungsstellen zusammen arbeiten kann, ohne sich zu deren verlängerten Arm zu machen. Oder andererseits, wie trotz aller Fortschritte nötige Grundsatzkritik an staatlichen Stellen geäußert werden kann. Diese Widersprüche erschweren den Entwurf von Handlungsalternativen sowohl seitens der brasilianischen NRO als auch der Hilfswerke mit Partnerorganisationen in Brasilien.

b) Das gegenwärtige Wirtschaftswachstum und die jedenfalls in Teilen erfolgreiche und umfassende Sozialpolitik verleihen Brasilien im Ausland den Status eines „Global Players“ – und dies sowohl im ökonomischen Bereich als auch durchaus in der sozialen und ökologischen Entwicklung. Diesen Prozess



kritisch zu beobachten und zu begleiten wird eine immer wichtigere Aufgabe. Im Ausland herrscht die stark vereinfachende Annahme vor, die sozialen Probleme des Landes seien auf dem Weg, bewältigt zu werden, etwa durch Programme und Projekte der Regierung wie die *Bolsa Familia* (Unterstützung von Familien) oder das jüngere *Programm zur Überwindung der Armut*. Die brasilianische Regierung trägt viel zur Bestätigung dieser technokratischen Sichtweise bei. Sie unterläuft damit die Bemühungen der nichtstaatlichen Organisationen, aufzuzeigen, dass die strukturellen Probleme des Landes gleichzeitig fortbestehen oder sich sogar vertiefen.

c) In Europa unterliegt die internationale Zusammenarbeit immer stärker neuen Kriterien, die sie neu ausrichten:

1) Die zunehmende und oft stark vereinfachende Infragestellung der in Jahrzehnten internationaler Zusammenarbeit erreichten Ergebnisse. Dies wird durch die so genannte Finanzkrise, Kürzungen in Sozialhaushalten und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in einigen Ländern Europas noch akzentuiert.

2) Neigungen von Regierungen, sich unmittelbar einzumischen, um damit ihren Einfluss auf die Politik der Hilfswerke auszuweiten. Dies ist häufig gepaart mit außenpolitischen und/oder wirtschaftlichen Interessen oder begründet sich in der angeblichen Notwendigkeit, Ressourcen auf wenige Bereiche zu konzentrieren (Vereinheitlichung und Harmonisierung), um eine breitere Wirksamkeit (Ergebnisse) zu erreichen.

3) Die Folge ist eine starke Verschiebung des Fokus in der staatlichen und nichtstaatlichen internationalen Zusammenarbeit hin zur Wirkungsbeobachtung, um der Infragestellung der internationalen Zusammenarbeit zu begegnen.

4) Durch die Konkurrenz anderer, eher assistenzialistisch orientierter Organisationen stehen die nichtstaatlichen Hilfswerke in ihren Gesellschaften vor zunehmenden Schwierigkeiten der bei der Acquire finanzieller Mittel.

5) Neue Kriterien und Richtlinien bestimmen die Neuausrichtung der privaten Werke der Entwicklungszusammenarbeit, etwa durch Fusionen oder aber durch Dezentralisierung über die Schaffung eigener Büros bzw. regionaler oder nationaler Vertretungen.

6) Initiativen zur Kapazitätserweiterung der weltweiten Tätigkeit von Hilfswerken ähnlicher Ausrichtung, wie etwa bei Oxfam und neuerdings der „ACT-Allianz“, einem 2009 gegründeten weltweiten ökumenischen Zusammenschluss von Akteuren aus Entwicklungszusammenarbeit und Katastrophenhilfe.

d) Ein Aspekt allgemeiner Art, den die Globalisierung mit sich bringt, ist die Verstärkung verschiedener Formen der Vernetzung auf internationaler Ebene. Dies hat auch die Zusammenarbeit sozialer Akteure gefördert, die dem Neoliberalismus in seinen verschiedenen Ausprägungen kritisch gegenüber stehen. Am deutlichsten wird dies beim Weltsozialforum oder bei der zunehmenden internationalen Mobilisierung im Hinblick auf weltweite Konferenzen.

Diese Entwicklungen lassen unserer Meinung nach die internationale Zusammenarbeit mit Brasilien facettenreicher werden. Sie führen zur Entstehung und Festigung von unterschiedlichen Interpretationen der Wirklichkeit, die ihrerseits Brüche in partnerschaftlichen Beziehungen bewirken können. Die zunehmende Spezialisierung mancher Hilfswerke auf bestimmte Themen wird dieser komplexer gewordenen Situation nicht gerecht. Analysen sprechen im Hinblick auf die Tendenz der Hilfswerke, ihre Aktivitäten [*in Brasilien, Anm. d.*



Übers.] zu begrenzen oder ganz auszusetzen, z.T. bereits vom „Ende einer Ära“.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir in nächster Zukunft folgende Herausforderungen:

a) Die sozialen Bewegungen, ökumenischen Organisationen und NRO müssen ihre politische und finanzielle Nachhaltigkeit sichern. Das bedeutet, dass sie neue und kreative Formen und Inhalte der Kommunikation entwickeln müssen, die auf transparente, verständliche und einsichtige Weise die Bedeutung ihrer Arbeit offen legen. Es geht (für die Akteure) letztlich darum, sich Legitimität und Glaubwürdigkeit zu verschaffen, die ihrer Arbeit politischen Rückhalt bieten und neue Möglichkeiten zur Beschaffung finanzieller Mittel in der brasilianischen Gesellschaft eröffnen. Mit Institutionen und Behörden des Staates müssen auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene Beziehungen aufgebaut werden, die eine nachhaltige Zusammenarbeit unter Wahrung der Autonomie der Akteure gewährleisten. Auch mit den fortschrittlicheren Bereichen des Privatsektors müssen ausgewogene Beziehungen etabliert werden, ohne dass die Zielsetzung der Organisationen darunter leidet.

b) Die Bemühungen um Nachhaltigkeit sind noch in ihrer Entfaltung begriffen. Deshalb rechtfertigt die gegenwärtige Situation unserer Meinung nach nicht die Entscheidung privater Hilfswerke, die Zusammenarbeit mit Brasilien zu beenden. Diejenigen Werke, die diese Interpretation teilen, sollten nun die Herausforderung annehmen und ihren Entscheidungsgremien, seien es Kirchen, Regierungen und staatliche Geldgeber, darlegen, dass

– das überwiegend positive Image Brasiliens und die mit einem „aufsteigenden Land (Schwellenland) mit mittlerem

Einkommen“ oder mit dem Kürzel BRIC verbundenen Vorstellungen sehr relativ sind. Sie wurden mit der Absicht in die Welt gesetzt, auf strikt wirtschaftliche Fragen zu antworten, geben aber keine Auskunft über die soziale und kulturelle Wirklichkeit Brasiliens.

– die unzweifelhaft positiven sozialen Entwicklungen Brasiliens Folge der jahrzehntelangen harten Arbeit der Organisationen der brasilianischen Zivilgesellschaft sind, die sich für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und einen „transparenten Staat“ eingesetzt haben, der diesen Grundsätzen dient. Hierzu hat die fachkundige Arbeit der NRO, ökumenischen Organisationen und sozialen Bewegungen Brasiliens einen unschätzbaren Beitrag geleistet.

– es unter diesen Bedingungen unabdingbar ist, die internationale Zusammenarbeit mit Brasilien zu verstärken, vor allem durch die Förderung der Akteure, die die unverzichtbare „Hefe“ für den Prozess der Konsolidierung und wachsenden „Wehrhaftigkeit“ der Demokratie sowie für die Bildung eines sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Modells der Entwicklung bilden. Dabei muss auch die institutionelle Nachhaltigkeit der Organisationen selbst gestärkt werden.

c) Für beide, sowohl für die Hilfswerke als auch für ihre Partnerorganisationen bleibt die Herausforderung bestehen, ihre Zusammenarbeit im Bereich globaler Themen zu verstärken, die immer deutlicher als Bedingung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Entwicklung in der Gesellschaft zu Tage treten.

Wir stehen vor der Herausforderung, gegen den Strom zu schwimmen, kreative und neue Formen der Zusammenarbeit zu suchen und uns bei soviel (gemeinsamer) Erfahrung in der Vergangenheit in unserem Einsatz für eine bessere Welt zu stärken.



Yasuní-Nationalpark – ein weiteres Opfer der Ölbohrer?

VON JÜRGEN MAIER, FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG. AUS: FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG, RUNDBRIEF 3/2011, GEKÜRZT.

Ecuador ist ein Ölförderland, gleichzeitig aber auch eines der biodiversitätsreichsten Länder der Welt. Der Yasuní-Nationalpark gehört zu den zehn Top-Hotspots der weltweiten Biodiversität. Doch Yasuní ist akut bedroht. Leider wurde unter dem Nationalpark Erdöl gefunden, allein im sogenannten Yasuní-ITT-Feld geschätzte 850 Millionen Barrel Öl im Wert von 7.2 Milliarden Dollar. Eigentlich Peanuts: Soviel Öl verbraucht die Welt in weniger als einem Vierteljahr. Für Ecuador aber viel Geld. Dennoch bot Präsident Correa bereits 2007 vor der UN-Vollversammlung an, auf die Ölförderung im Yasuní-ITT-Gebiet zu verzichten, wenn die Weltgemeinschaft die Hälfte der entgangenen Öleinnahmen in einem Zeitraum von 13 Jahren in einen UN-Treuhandfonds einzahlt. Für den Fall, dass Ecuador seine Zusagen später brechen sollte, das Öl nicht zu fördern, werden die Einzahlungen des Treuhandfonds zurückgezahlt. Mit den Geldern des Treuhandfonds sollen alternative Energien und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Ecuadors, insbesondere der Region um den Nationalpark vorangetrieben werden, mit dem Ziel, vom Erdöllexport unabhängig zu werden.

Nebel setzt sich über Bundestagsbeschluss hinweg

Der Bundestag beschloss am 26. Juni 2008 mit den Stimmen der damals regierenden CDU/CSU und SPD sowie der Grünen, Ecuadors Yasuní-Initiative finanziell zu unterstützen. Im BMZ war von 50 Millionen Euro jährlich bis 2020 die Rede. Für Ecuador ein tolles Signal – wenn die Deutschen mitmachen, hat das Projekt eine Chance. Als es ernst wurde, hatte die CDU/CSU aber inzwischen den Koalitionspartner gewechselt, und der neue FDP-Entwicklungshilfeminister Niebel lehnt es hartnäckig ab, den Parlamentsbeschluss umzusetzen. Er wolle keine »Präzedenzfälle« schaffen, sonst könnte ja morgen Saudi-Arabien auch noch Geld für nicht gefördertes Erdöl fordern. Allerdings stehen in Saudi-Arabien keine Regenwälder mit extremer Artenvielfalt über den Ölquellen, sondern extrem artenarme Sandwüsten, und deshalb ist der Vergleich sehr weit hergeholt. Er verweist auf das REDD-Programm der Klimaverhandlungen, aus denen Ecuador ja Geld für Yasuní bekommen könne, übersieht aber, dass die Klimaverhandlungen derart festgefahren sind, dass ernstzunehmende Summen daraus auf absehbare Zeit nicht fließen werden (nachzulesen in Bundestagsdrucksache 17-6543). Alle Versuche Ecuadors, mit Regierungsdelegationen Minister Niebel umzustimmen, schlugen fehl – er hatte leider nie Zeit für die Delegationen. Ecuadors Präsident hat die Frist mehrfach verlängert, bis zu der das Angebot des Landes gilt. Jetzt ist es der 31. Dezember 2011. Es ist nachvollziehbar, dass er seinem Volk irgendwann Ergebnisse präsentieren will, und wenn er feststellen muss, dass Yasuní den Regierungen der reichen



Länder leider nicht viel bedeutet, dann kommt früher oder später die Öllobby zum Zug.

Als 2008 die UN-Biodiversitätskonferenz in Bonn stattfand, erntete Merkel (damals noch Kanzlerin einer Großen Koalition) viel Beifall für ihre Zusage, dass Deutschland bis 2012 500 Millionen und ab 2013 jährlich 500 Millionen für den Schutz von Wäldern und anderen Ökosystemen bereitstellen werde, also 4,5 Milliarden bis 2020 4,5 Milliarden sind 4.500 Millionen. Soll davon wirklich nichts für eines der artenreichsten Gebiete der Welt übrig sein, verbunden mit wirtschaftlichen Impulsen für die dortige Bevölkerung, wie sie bei kaum einem anderen Schutzgebiet zu erwarten wären? Die halsstarrige Haltung des Entwicklungsministers kann nicht das letzte Wort Deutschlands gewesen sein. Der Bundestag und das CDU-geführte Umweltministerium sind jetzt in der Pflicht, sich über den Entwicklungsminister hinwegzusetzen und die Gelder aus dem BMU-Etat zu holen. Es gab schon wesentlich irrelevantere Dinge als dieses Regenwald-Juwel, wegen denen die Koalitionsräsön zurückstehen musste. Nächstes Jahr steht in Rio der Rio+20-Gipfel an. Helmut Kohl hat 1992 in Rio im Alleingang Gelder für den Tropenwaldschutz und eine 25-prozentige Treibhausgasreduktion zugesagt. Will Angela Merkel mit leeren Händen nach Rio fahren?



Tagungsprogramm

Freitag – 25. November 2011

ab **17:00 Uhr** Anreise

18:00 Uhr Abendessen

19:00 Uhr Begrüßung und Eröffnung

19:30 Uhr PAC die Arbeiterpartei! Das Entwicklungsmodell Brasiliens Analyse von Silvio Caccia Bava (Instituto Pólis / Le Monde Diplomatique Brasil). Moderation: Luciano Wolff (eed).

Samstag – 26. November 2011

09:00 Uhr Mit Rio+20 in die Nachhaltigkeit? nach kurzem Eingangsüberblick „Von Rio92 zu Rio+20“: Streitgespräch N.N. mit Fátima Mello (FASE), Moderation: Thomas Fatheuer (KoBra).

10:30 Uhr Präsentation der Foren und des weiteren Vorgehens

10:45 Uhr Kaffee-/Teepause

11:00 Uhr Arbeit in den Foren

12:30 Uhr Mittagessen

14:00 Uhr Fortführung der Arbeit in den Foren

15:30 Uhr Kaffee-/Teepause

16:00 Uhr Forumsberichte

ab **17:00 Uhr** Markt der Möglichkeiten für selbst organisierte Treffen

18:30 Uhr Abendessen

19:00 Uhr Fortsetzung Markt der Möglichkeiten

20:30 Uhr Kulturprogramm: Chorinhos mit Hartmut Preyer, später ggf. Festa Brasileira (KoBra)

Sonntag – 27. November 2011

09:00 Uhr Andacht – Meditation

09:30 Uhr Kampagnen und Termine

10:00 Uhr Kaffee-/Teepause

10:30 Uhr Ist Entwicklungszusammenarbeit mit Brasilien zukunftsfähig? Podiumsdiskussion mit Iara Pietrikovsky (INESC, angefragt) und Imme Scholz (DIE). Moderation: Wolfgang Hees (Caritas International).

11:30 Uhr Tagungsauswertung

12:00 Uhr Mittagessen, anschließend Abreise





Kooperation Brasilien e.V.

KoBra e.V. ist ein Brasilien-Netzwerk im deutschsprachigen Raum mit etwa 90 Mitgliedern. Dazu gehören Vereine, Arbeitsgruppen, Hilfsorganisationen wie auch Einzelpersonen. Sie kommen aus Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten, der Umweltbewegung, der Menschenrechtsarbeit und der Entwicklungspolitik. KoBra wurde 1989 auf einem bundesweiten Treffen in Freiburg gegründet und besteht seit 1992 als eingetragener Verein. Wir leisten Öffentlichkeitsarbeit, nehmen politischen Einfluss und unterstützen Initiativen in Brasilien. Unser Anliegen ist es, die Stimmen der sozialen Bewegungen Brasiliens hier hörbar zu machen. Wir mischen uns für eine gerechtere Welt ein – in Brasilien und auch bei uns! Weitere Infos zu uns und über Brasilien: www.kooperation-brasilien.org.

Kontakt: Kooperation Brasilien, KoBra e.V., Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg, Telefon: 0761-6006926, Fax: -28, E-Mail: info@kooperation-brasilien.org

Runder Tisch Brasilien

Der Runde Tisch Brasilien ist ein Zusammenschluss von fünfzehn Organisationen, die entwicklungspolitisch mit sozialen Bewegungen in Brasilien zusammenarbeiten (siehe hintere Umschlagseite). Er ist sowohl in der Bildungsarbeit, als auch in der Lobbyarbeit aktiv. Im Auftrag des Runden Tisches Brasilien richtet KoBra jährlich im November bzw. Dezember die größte regelmäßige Brasilientagung der deutschen Solidaritätsszene mit jeweils mehr als hundert TeilnehmerInnen aus. Die Tagung findet in diesem Jahr zum 20. Male statt. Darüber hinaus produziert der Runde Tisch Brasilien Bildungsmaterialien wie das vorliegende Heft zum jeweiligen Tagungsschwerpunkt und organisiert Gespräche brasilianischer VertreterInnen der sozialen Bewegungen mit hiesigen politischen EntscheidungsträgerInnen. Seit 1993 bringt KoBra für den Runden Tisch Brasilien zehn Mal jährlich das Brasilicum heraus.

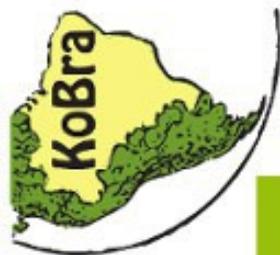


Kontakt über KoBra: info@kooperation-brasilien.org

1. Beteiligt am Runden Tisch Brasilien sind: Brot für die Welt, Stuttgart / Caritas International, Freiburg / Evangelischer Entwicklungsdienst EED, Bonn / FIAN Deutschland, Köln / FIAN International, Heidelberg / Heinrich Böll-Stiftung, Berlin / Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS), Zürich / Kindermothilfe, Duisburg / KoBra – Kooperation Brasilien e.V., Bundesweiter Zusammenschluss der Brasilienolidarität, Freiburg / Misereor – Bischöfliches Hilfswerk, Aachen / Mission EineWelt, Neuendettelsau / MZF – Missionszentrale der Franziskaner, Bonn / Ökumenische Werkstatt, Kurhessen-Waldeck.



RUNDER TISCH BRASILIEN



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

HEKS 

 **Caritas**
international
Für Menschen in Not

Brot
für die welt


KINDER
NOT
HILFE


FIAN
für
internationale
Arbeitsnormen



Mission
EineWelt
Die Welt ist ein Dorf. Alle Menschen sind Brüder und Schwestern.



missionszentrale der franziskaner

**Deutsches
Carajas Forum**

**Mission, Ökumene
Weltverantwortung**
Amt für kirchliche Dienste
Evangelische Kirche
von Kurfürster-Heidelberg



 **Peed**
Evangelischer
Entwicklungsdiener

MISEREOR
IHR HILFSWERK